Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 82. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 18. Februar 1878.

Deutschland.

O.C. Reichstags-Verhandlungen.

5. Sitzung vom 16. Februar.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, Camphausen, Stephan, Kameke, v. Stosch und zahlreiche Commissarien. In der Hofloge der Großherzog von Baden.

Erster Gegenstand der Tages-Ordnung ist die Interpellation der Abgg. Thilenius und Zinn: 1) Beabsichtigt die Reichsregierung dem Reichstage noch in gegenwärtiger Session a) einen Entwurf eines Leichenschaugesetzes, b) einen Gesetzentwurf über die Anzeigepflicht bei ansteckenden und gemeingefährlichen Krankheiten, c) einen Entwurf eines Viehseuchen-Gesetzes vorzulegen? 2) Ist die Aufstellung einer Viehseuchenstatistik für das Reich in Angriff genommen und wie weit sind die bezüglichen Arbeiten gediehen?

Abg. Dr. Thilenius: Am 8. Februar wurde aus gewichtigem Munde im preußischen Abgeordnetenhause ein schwerer Vorwurf gegen die Unthätigkeit der Reichsbehörden auf dem Gebiete des Medicinalwesens und der öffentlichen Gesundheitspflege erhoben und ausgeführt, daß dem Reichs-Gesundheitsamt die allerunentbehrlichsten Grundlagen für eine fruchtbringende Thätigkeit fehlen. Keiner meiner Fachgenossen ist darüber zweifelhaft, daß die Frage der Leichenschau auf das Allerdringlichste einer gesetzlichen Regelung bedürfe. Anläßlich einer Petition von Aerzten in dieser Beziehung erklärte ein Regierungscommissarius in der Commission, daß zur Vorbereitung der Medicinalstatistik eine Commission eingesetzt sei, welche eine obligatorische Leichenschau für nothwendig gehalten und deren Grundsätze bereits festgestellt hat. Auch das Reichs-Gesundheitsamt betont in seiner Denkschrift die Nothwendigkeit und Durchführbarkeit des Leichenschaugesetzes; auch die Frage der Anzeigepflicht bei ansteckenden und gemeingefährlichen Krankheiten verdiene besonders bei Epidemien Berücksichtigung, einen Gesetzentwurf hält das Reichsgesundheitsamt aber nicht für nothwendig. Das Viehseuchengesetz ferner ist eine Nothwendigkeit für Deutschland, und eine Viehseuchenstatistik die Grundlage für dasselbe. Ich bitte den Herrn Präsidenten des Reichskanzleramtes, uns die Gründe mitzutheilen, welche der Beschleunigung der Vorlagen im Wege stehen.

Reichskanzleramtspräsident Hofmann: Auf Grund des Berichtes der zur Vorbereitung der Medicinalstatistik eingesetzten Commission beschloß der Bundesrath, das Reichskanzleramt zur Ausarbeitung der beiden unter a und b genannten Gesetz-Entwürfe aufzufordern. Der Gesetz-Entwurf über die Anzeigepflicht wurde sofort ausgearbeitet und vom Bundesrathe genehmigt, aber nur mit der Bedingung, daß er erst mit dem Leichenschaugesetz zusammen dem Reichstage vorgelegt werden sollte. Ueber den letzteren Gesetzentwurf sind bereits Berathungen im preußischen Staatsministerium gepflogen. Ob es möglich sein wird, denselben noch in dieser Session vorzulegen, kann ich nicht bestimmt sagen; die Regierung wird jedenfalls alles thun, um den Wünschen der Interpellanten baldigst zu genügen. Es besteht allerdings in mehreren Einzelstaaten eine obligatorische Leichenschau, ohne daß eine Beschwerde erhoben worden ist. Ehe man das Gesetz anderwärts einführen kann, muß man die Verhältnisse besonders der ländlichen Districte und auch die Anschauungen und Gewohnheiten der Bevölkerung berücksichtigen. Ich möchte Sie also bitten, nicht so rasch auf einen Mangel an Interesse für die Gesundheitspflege bei der Regierung zu schließen. In Bezug auf das Viehseuchengesetz sind die nöthigen Einleitungen getroffen, besonders ist der preußische landwirthschaftliche Minister zur Aeußerung über die Erfahrungen in Preußen aufgefordert worden. Sobald das von ihm eingeforderte Gutachten der preußischen technischen Deputation für das Veterinärwesen eingegangen sein wird, soll die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes erfolgen. Bezüglich der Statistik haben das statistische Amt und das Reichsgesundheitsamt erklärt, daß es zur Grundlage für die Viehseuchenstatistik eines Gesetzentwurfs bedürfe.

Abg. Dr. Zinn: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wenn seit Jahr und Tag als unbedingt nothwendig erklärte Maßregeln trotz aller Zusicherungen unausgeführt bleiben, dann hat man wohl Anlaß zum Mißtrauen. Die Schwierigkeiten dürften bei dem Finanzminister liegen, aber es ist keine weise Sparsamkeit, wenn man Maßregeln nicht durchführt, ohne welche andere Gesetze, z. B. das preußische Viehseuchengesetz, nicht wirksam sein können. Was nützen alle Vorbeugungen gegenüber gemeingefährlichen Krankheiten, wenn kein Anzeigepflicht-Gesetz besteht? Es ist nicht rationell, planlos in den Gesetzgebungskessel hineinzufahren und nur das zu erledigen, was an der Stange hängen bleibt. Die Schuld liegt auch mit daran, daß das Reichsgesundheitsamt an maßgebender Stelle zu wenig Einfluß besitzt und wir werden bei der Etatsberathung zu untersuchen haben, woran das liegt. Jedenfalls ist es hohe Zeit, daß man endlich diesen berechtigten Forderungen gerecht wird und daß im Bundesrath das Lied: Nur immer langsam voran, bis der preußische Finanzminister nachkommen kann — verstummt.

Abg. Reichensperger (Krefeld): Die mit dem Impfgesetz gemachten trüben Erfahrungen müssen uns der vorliegenden Materie gegenüber etwas stutzig machen, denn auch hier dürfte man bei der praktischen Ausführung auf die größten Schwierigkeiten stoßen. Außerdem wird die praktische Durchführung der obligatorischen Leichenschau sehr kostspielig werden und wir dürfen den ohnehin überbürdeten Gemeinden nicht neue Steuern auferlegen.

Abg. Sombart: Mit dem in Aussicht gestellten Viehseuchengesetz für ganz Deutschland muß unbedingt eine Regulirung des Abdeckereiwesens Hand in Hand gehen, da sonst das Gesetz fort und fort umgangen wird, wie wir es jetzt in Preußen erleben, wo man an Milzbrand verendete Thiere einfach als an Herzschlag, Lungenseuche 2c. gestorben bezeichnet.

Abg. v. Helldorff: Diese Ausführung beweist, daß die Regierung gut gethan hat, wenn sie sich bisher zuwartend verhielt. Sie kann auf diese Weise die Erfahrungen verwerthen, welche man in der Sache in Preußen und anderwärts gemacht hat.

Präsident Hofmann: Der Vorwurf, daß die Regierung planlos vorgehe, wird dadurch widerlegt, daß sie erst die anderwärts gemachten Erfahrungen abwarten und berücksichtigen will. Der Abgeordnete Zinn irrt, wenn er in finanziellen Interessen die Hauptschwierigkeit sucht. Diese waren keineswegs überwiegend.

Abg. v. Behr (Schmoldow) ersucht das Reichskanzleramt, bei der Regulirung der Leichenschau sich mit allen den Staaten in Verbindung zu setzen, in welchen die obligatorische Leichenschau bereits eingeführt ist. Es werde sich dann zeigen, daß in einzelnen ländlichen Districten die Durchführung dieser Maßregel absolut unmöglich sei.

Abg. Dr. Löwe: Allerdings werden wir auch bei dem Leichenschaugesetz nur eine unvollkommene Einrichtung haben, aber dasselbe wird für die Gesammtheit außerordentliche Vortheile bieten. Die Medicinalstatistik über die contagiösen Krankheiten wie Cholera, Pocken 2c. wird sicher dadurch gewinnen, zumal derartige Todesfälle auch von Laien constatirt werden können. Auch ich bin gegen eine Mehrbelastung der Gemeinden, aber darum darf die Gesundheitspflege nicht beschränkt werden. Nothwendig ist es aber, daß die Regierung das über die Frage vorliegende Material sammelt, denn beim Impfgesetz sehen wir deutlich, wie schwer sich diese Unterlassung rächt.

Abg. Dr. Zinn: Ich halte den Ausdruck planlos aufrecht, denn wir haben Gesetze gegeben, welche ein Leichenschaugesetz und ein Gesetz über die Anzeigepflicht bei ansteckenden Krankheiten voraussetzen. Daß es „nicht überwiegend" finanzielle Bedenken gewesen sein sollen, welche der Regelung der Sache im Wege gestanden, beweist doch, daß finanzielle Schwierigkeiten erhoben worden sind. Dieselben sind aber hinfällig, da in den meisten Fällen bei der Leichenschau die Kosten von den betreffenden Familien bestritten werden.

Hiermit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die **Einlösung und Präclusion der von dem vormaligen Norddeutschen Bunde ausgegebenen Darlehnskassenscheine.**

Abg. v. Benda fragt an, wie es mit den Gesetzentwürfen über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches und dem Oberrechnungshof stehe.

Präsident Hofmann: Eine definitive Beschlußfassung, ob diese Gesetze dem Reichstage in dieser Session vorgelegt werden sollen, ist noch nicht erfolgt; die Frage unterliegt noch der Erwägung.

Abg. Hänel wünscht möglichst bald eine definitive Entscheidung; denn bei allen finanziellen Berathungen hat das Fehlen dieser Gesetze die größten Hindernisse bereitet und einen großen Zeitaufwand verursacht. — Beabsichtigt der Bundesrath die Gesetze noch in dieser Session vorzulegen?

Präsident Hofmann: Der Beschluß über diese Frage soll möglichst beschleunigt und sofort zur Kenntniß des Reichstages gebracht werden.

Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfes betreffend das **dem Reiche gehörige in der Voßstraße in Berlin gelegene Grundstück.**

Abg. Schröder (Friedberg): Auch für das in der Voßstraße belegene Grundstück muß die beschränkende Bestimmung des Gesetzes vom 23. Mai 1877 Platz greifen, wonach die Bestimmung über den Zweck dieses Grundstücks bis zur definitiven Entscheidung über die Baustelle für das Reichstagsgebäude vorbehalten bleibt; denn nach diesem Gesetz sollten die Grundstücke der Decker'schen Druckerei und das in der Voßstraße gemeinsam unter die Beschränkung fallen. Es liegt heute keine Veranlassung vor, das letztere Grundstück von der Beschränkung zu befreien, insbesondere da dieser Platz als Baustelle für das Reichsjustizamt, wie geplant wird, viel zu theuer ist. Ich glaube, daß es den Intentionen des Hauses auch heute noch entspricht den Gesetzentwurf abzulehnen; eventuell beantrage ich, ihn an die Budget-Commission zu überweisen.

Geh. Reg.-Rath Aschenborn: Die Ansicht, daß auch das Grundstück in der Voßstraße von der Beschränkung betroffen sein soll, ist eine durchaus vereinzelte und hat bei der Berathung des erwähnten Gesetzes von verschiedener Seite Widerspruch erfahren. Der Abg. Wehrenpfennig hat damals erklärt, daß, wenn der Antrag Reichensperger, der die Beschränkung wollte, in dieser Weise ausgelegt würde, dieser Antrag für ihn und seine politischen Freunde unannehmbar sei; da er aber anders ausgelegt werden könne, so würde er für den Antrag stimmen. Die Natur der Sache ergiebt auch, daß das Grundstück in der Voßstraße mit dem Arrest nicht belegt werden kann; sonst könnte dies in gleicher Weise auch mit allen übrigen Bauten geschehen. Ob die Bebauung in der Art, wie sie die Regierung beabsichtigt, zweckmäßig erscheint, ist eine andere Frage, die nicht hier, sondern bei dem betreffenden Gesetzentwurf zur Berathung kommen wird.

Abg. Lucius: Wie die Majorität die beschränkende Bestimmung des Gesetzes vom 23. Mai aufgefaßt hat, weiß ich nicht; ich selbst habe sie nur auf das Decker'sche Grundstück bezogen. Damit wird in keiner Weise die Frage präjudicirt, ob die Summen für den projectirten Bau zu bewilligen sind. Diese Frage werden wir bei der betreffenden Budgetvorlage besprechen; mit dieser Maßgabe werde ich für die Vorlage stimmen.

Abg. Dr. Bamberger: Bereits bei der ersten und zweiten Lesung dieser Vorlage ist mein Namen genannt worden, ebenso in den Motiven der Regierung. Ich hielt es neulich nicht für nöthig das Wort zu ergreifen, weil mir der Gegenstand so einfach und unbedeutend erschien und weil ich auf Alles eher rechnete als auf eine Debatte darüber und am allerwenigsten auf einen Angriff von befreundeter Seite gegen die Vorlage der Regierung. Dem Abg. Reichensperger, der bei der ersten Lesung wohl nur aus dem Bedürfniß sprach, dem Tode seines Lieblingskindes, der Porzellanmanufactur, noch einen kleinen Epilog zu widmen, hielt ich es damals um so weniger für nöthig zu widersprechen, als ich gegen den Plan, das Parlamentsgebäude auf dem Kroll'schen Etablissement zu errichten, sein inniger Alliirter bin. Wenn aber auch heute wiederum der Abstimmung vom v. J. der Sinn untergelegt wird, als habe die Mehrheit das Voß'sche Grundstück vinculiren wollen, so muß ich dem, wie der Abg. Lucius, entschieden widersprechen. Am wenigsten durfte Herr Reichensperger dem Herrn Minister Hofmann entgegenhalten, daß er doch seinen Antrag, der damals angenommen wurde, müsse interpretiren können. Er hat ihn ja selbst desavouirt, hat gegen seinen Antrag, gestimmt, und wir haben nur den Wortlaut entlehnt. Nachdem er sein Kind verstoßen hat, verlangt er es zurück, um es mit seinen Motiven alimentiren zu können. (Heiterkeit.)

Der Antrag ist jetzt **unser** Antrag geworden und wir gerade haben Grund zu sagen, daß die Motive nicht die waren, die Herr Reichensperger angab, sonst hätte er für den Antrag gestimmt. Es war der Sinn der Majorität und wurde von mir ausdrücklich ausgesprochen, daß das Grundstück in der Voßstraße durch einen bloßen Zufall in Zusammenhang mit dem Decker'schen gebracht wurde, dadurch, daß die Regierung beide Dinge gleichzeitig vorlegte, daß die Sache aber durchaus nicht durch einen gemeinsamen Sinn verbunden wäre. Unsere Ansicht war nicht nur, einen Drücker auf die Regierung auszuüben, sondern wir meinten, daß das Decker'sche Grundstück möglicherweise für das Reichstagsgebäude verwendet werden könne, aber das Grundstück in der Voßstraße hat damit zunächst gar nichts zu thun und wenn der Abg. Schröder meinte, ich wünschte nicht, daß das Justizamt auf diesem Terrain errichtet werde, so habe ich das auf das Terrain in der Wilhelmsstraße bezogen und nicht auf das in der Voßstraße. Er hat ferner aus dem Etat demonstrirt, daß die Vereinigung der Decker'schen mit der Reichsstaatsdruckerei auch darauf hinweise, daß man eine andere Verwendung für das ehematige Decker'sche Terrain im Auge habe, während man doch im Gegentheil, wenn dort die Druckerei wegfällt, den Platz für Zwecke frei hält, wie wir sie im Auge haben. Den heutigen Thatbestand halte ich am wenigsten zu Angriffen auf die Regierung für geeignet; denn was damals gegen unsere Auffassung so oft bezweifelt und bestritten wurde, es würde gegen unsere Absicht über das Terrain nicht verfügt werden, das ist in der heutigen Vorlage ausdrücklich anerkannt. Die Regierung erkennt die Vinculirung ausdrücklich an, sie verlangt nur eine theilweise Befreiung und nimmt einen affirmativen Standpunkt ein, den wir vereinbart haben. Ich sehe also weder einen sachlichen noch principiellen Grund, heute die Zustimmung zu diesem an sich unbedeutenden Gesetzentwurf zu verweigern.

Abg. Reichensperger: Ich habe als Jurist immer geglaubt, daß von der Interpretation eines Gesetzes nur dann die Rede sein kann, wenn eine Unklarheit vorhanden ist; hier liegt aber keine Dunkelheit vor, da das Gesetz ausdrücklich von **Grundstücken** spricht. Die Regierung hätte besser gethan, wenn sie einfach die Aufhebung der Beschränkung für das Grundstück in der Voßstraße beantragt hätte. Den Abgeordneten Bamberger scheint heute sein gewöhnlicher Scharfsinn im Stiche gelassen zu haben; ich habe keine Trauerrede für den Platz der Porzellanmanufactur halten, sondern nur die Thatsachen erörtern wollen. Wir können nicht die Gesinnung der Majorität damit feststellen, daß man heute sagt, ich habe die Sache so, ich habe sie so gemeint; damit würden wir in einen unabsehbaren Wirrwarr gerathen. Es ist auch nicht richtig, daß ich das Kind, wie Bamberger meint, verstoßen habe, ich habe zwar gegen das Gesetz als Ganzes gestimmt, nicht aber gegen den Passus, auf den es hier ankommt. Sie haben das Kind adoptirt, aber so wie ich es in die Welt gesetzt habe (Heiterkeit), und über meine damalige Meinung kann wohl kein Zweifel gewesen sein. Wir werden gut thun, den Gesetzentwurf abzulehnen und die Bundesregierung kann ein neues Gesetz wegen Aufhebung der Beschränkung einbringen.

Der Antrag Schröder (Friedberg) auf Ueberweisung an die Budget-Commission wird hierauf abgelehnt, das Gesetz definitiv angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die **Feststellung des Haushaltsetats des Deutschen Reiches für das Etatsjahr 1878/79.**

Zur geschäftlichen Behandlung dieser Vorlage liegen folgende Anträge vor: 1) vom Abg. Dr. Rieper, den Etat der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung für das Etatsjahr 1878/79 — ausschließlich des außerordentlichen Etats an einmaligen Ausgaben — einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen; 2) vom Abg. Rickert a. der Budgetcommission zur Vorberathung zu überweisen vom Etat für das Reichsheer Cap. 24 (Geldverpflegung der Truppen), Cap. 25 (Naturalverpflegung), Cap. 27 (Garnisonsverwaltungs- und Serviswesen), Cap. 34 (Reisekosten und Tagegelder, Vorspann- und Transportwesen), Cap. 37 (Artillerie- und Waffenwesen), vom Marine-Etat Cap. 51 (Militärpersonal), Cap. 52 (Indienststellung der Schiffe), Cap. 53 (Naturalverpflegung), Cap. 60 (Werftbetrieb), den Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung, den Etat der Reichsschuld Cap. 69 und 69a; von den Einnahmen Cap. 1 (Zölle und Verbrauchssteuern), Cap. 18 (Zinsen aus belegten Reichsgeldern), Cap. 19 (Außerordentliche Zuschüsse), Cap. 20 (Matricularbeiträge); das gesammte Extraordinarium und den Entwurf des Etatsgesetzes; b) im Uebrigen den Etat in zweiter Lesung im Pleno zu berathen; 3) vom Abg. Grumbrecht: vom Cap. 3 der Ausgaben (Reichscommissariate) den Titel 1 (Gehälter, Stationszulagen) der Budget-Commission zu überweisen.

Präsident Hofmann: Sie werden kein glänzendes Bild von den Finanzen des Reiches erwarten und nicht überrascht sein, wenn statt eines Ueberschusses, wie er bisher in der Regel beim Ende der Finanzperioden in Aussicht genommen werden konnte, diesmal das Bedürfniß eines Zuschusses hervortreten wird. Schon der Abschluß der letztverflossenen Rechnungsperiode vom 1. Januar 1876 bis 31. März 1877 hat den Beweis geliefert, daß die Zahl der fetten Jahre vorüber ist; er wird mit einem nicht bedeutenden Deficit von 1,300,000 Mark abschließen. Dieses Deficit verwandelt sich in einen kleinen Ueberschuß, wenn die einmaligen Mehrausgaben der Marine-Verwaltung aus den Restbeständen dieser Verwaltung gedeckt werden, wie Ihnen die Reichsregierung vorschlägt. Weit weniger günstig, wie der Abschluß des Jahres 1876.77 wird sich der des laufenden Rechnungsjahres stellen, denn es läßt sich schon jetzt übersehen, daß einerseits die Ausgaben bei verschiedenen Verwaltungszweigen den etatsmäßigen Ansatz überschritten haben und überschreiten werden, während andererseits die Einnahmen in ihrer Gesammtheit in nicht unerheblichem Maße hinter den Anschlägen des Etats zurückbleiben werden. Bei den fortdauernden Ausgaben der Militär-Verwaltung hat sich ein Mehrbedarf von etwa 3,800,000 Mark herausgestellt. Davon sind 3 Millionen Mark durch die höheren Naturalienpreise für die Brotverpflegung und die Fourage der Truppen entstanden. Dieser Punkt ist für den nächsten Etat von hohem Interesse. Die Preise für Roggen, Hafer, Heu und Stroh sind bedeutend gestiegen und zwar für den Centner Roggen um 0,31, für den Centner Hafer um 1,14, für Heu um 0,38, für Stroh um 1,33 Mark. Weizen ist allerdings gegen den Etatsanschlag um 0,60 Mark gesunken, aber der Weizenbedarf ist im Verhältniß zu den übrigen Artikeln sehr gering. Es kommen hierzu noch Mehrkosten für Transport- und Vorspannleistungen, bei der Remontirung und für die Flurbeschädigung bei Truppenübungen. So ist die Mehrausgabe der Militärverwaltung von etwa 3,800,000 Mark entstanden.

Es stehen dem gegenüber Minderausgaben und Ersparnisse bei anderen Zweigen dieser Verwaltung, so daß bei dem preußischen Contingent und den unter preußischer Verwaltung stehenden anderen Contingenten eine Mehrausgabe von etwa zwei Millionen Mark zu erwarten ist. Rechnet man dazu für das sächsische und würtembergische Contingent und für die an Baiern zu zahlende Nachtragsquote etwa 400,000 Mark, so würde bei den fortdauernden Ausgaben der Militärverwaltung ein Mehrbedarf an 2,400,000 Mark entstehen. Bei dem Reichskanzleramt sind Mehrausgaben in Aussicht zu nehmen in Folge der durch den Ausbruch der Rinderpest im vorigen Jahre entstandenen höheren Kosten im Betrage von 1,200,000 Mark. In den fortlaufenden Ausgaben des Reichstages wird sich ein Mehrbedarf von 75,000 Mark ergeben, außerdem für die baulichen Veränderungen im Reichstags-Gebäude eine außeretatsmäßige Ausgabe von 300,000 Mark. Das Auswärtige Amt erfordert eine fortdauernde Mehrausgabe von 110,000 Mark. Die letzten drei Posten ergeben einen Betrag von zusammen 485,000 Mark. Demgegenüber stehen einige Ersparnisse aus den fortdauernden Ausgaben des Reichskanzleramts in Höhe von 240,000 Mark, aus denen der Reichsjustizverwaltung 20,000 Mark, aus dem Allgemeinen Pensionsfonds 200,000 Mark und aus den Zinsen für die Reichsschuld 900,000 Mark. Im Ganzen sind also hier erspart 1,360,000 Mark. Zieht man diese Summe von der Gesammtsumme der Mehrausgaben, welche 4,085,000 Mark betragen, ab, so bleibt eine Mehrausgabe von 2,725,000 Mark. Die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern sind erheblich zurückgegangen. Aus den Zöllen haben wir eine Mindereinnahme von 9,876,000 Mark, bei der Rübensteuer eine Mindereinnahme von 7,046,000 Mark, dagegen bei der Salzsteuer eine Mehreinnahme von 379,000 Mark; bei der Tabaksteuer ist wiederum eine Mindereinnahme von 146,000 Mark zu constatiren, ebenso bei der Branntweinsteuer und der Uebergangssteuer aus derselben 3½ Millionen Mark und endlich aus der Brausteuer eine Mindereinnahme von 84,000 Mark.

Es ergiebt sich hier also abzüglich der Mehreinnahme aus der Salzsteuer eine Mindereinnahme von rund 20 Millionen Mark. Dieses Resultat ist nicht überraschend, wenn man auf andere Länder blickt. Der Bericht des Schatzsecretairs der Vereinigten Staaten Amerikas ergiebt für das verflossene Jahr eine Mindereinnahme aus den Zöllen und Verbrauchssteuern im Betrage von 17 Millionen Dollars. Bei der Wechselstempelsteuer werden wir eine Mindereinnahme von 375,000 M. zu constatiren haben. Die Post- und Telegraphenverwaltung, so wie die Reichseisenbahnverwaltung werden nicht voll die Anschläge erreichen, sie werden eine Mindereinnahme von je 1¼ Million, also von zusammen 2½ Millionen Mark erzielen. In der Gesammtsumme beziffert sich also die Mindereinnahme auf 22,875,000 Mark. Dem gegenüber stehen einige Mehreinnahmen und zwar aus Ueberschüssen und Ersparnissen aus dem Jahre 1875 2,593,000 M., aus den Zinsen für belegte Reichsgelder 1,190,000 M. und aus verschiedenen Titeln 70,000 M., also im Gesammtbetrage von 3,853,000 M. Zieht man diese Mehreinnahmen von den Mindereinnahmen ab, so bleiben an Mindereinnahmen 19,022,000 M., welche zusammen mit den Mehrausgaben im Betrage von 2,725,000 M. ein Deficit von 21,747,000 M. ergeben. Hierzu kommt noch eine außeretatsmäßige Ausgabe von 4,650,000 M., welche entstanden ist aus der Verstärkung der Friedensgarnisonen in Elsaß-Lothringen und die dadurch verursachte Verlegung von Truppentheilen dorthin. Die Reichsregierung schlägt Ihnen vor, diese Beträge nicht durch die laufenden Mittel, sondern im Wege des Credits zu decken. Der Entwurf für 1878/79 ist in seiner ganzen Construction dem für das laufende Jahr nachgebildet; nur zwei neue Specialetats sind eingefügt. In Betreff der einzelnen Abweichungen von den Positionen des vorigen Etats beziehe ich mich auf die betreffenden erläuternden Bemerkungen der Specialetats. Das Hauptresultat ist folgendes: Der vorliegende Etat ergiebt gegen den vorigen eine Minder-Einnahme von 16,933,751 M. und eine Mehrausgabe von 11,466,096 M., also ein Deficit von 28,459,847 M. Bei den **Mehrausgaben** sind die Hauptposten folgende: In der Militairverwaltung 4,262,000 M., in der Marineverwaltung 3,550,000 M., in der Verwaltung der Reichsschuld 3,301,000 M. Von dem Mehrbedarf der Militairverwaltung fällt der größte Theil, nämlich 3,295,453 Mark, dem Umstande zur Last, daß höhere Durchschnittspreise für die Natural-Lieferungen in Aussicht genommen werden müssen.

Der Rest fällt auf Formationsänderungen, Gehaltszulagen und sonstige Bedürfnisse. Der Mehraufwand in der Marineverwaltung ist darin begründet, daß die Marine nach Maßgabe des Flottengründungsplanes sich jedes Jahr erweitert, wodurch mittelbar weitere Bedürfnisse für die Verwaltung entstehen. Bei der Verwaltung der Reichsschuld endlich erklärt sich der Mehrbedarf daraus, daß die vierprocentige Anleihe bis auf ungefähr 3 Millionen vollständig begeben worden ist, und einen höheren Bedarf an Zinsen beansprucht. Dieses Bedürfniß erhöht sich noch, wenn für das nächste Etatsjahr eine Anleihe von demselben Betrage aufgenommen wird, und hierzu die Zinsen der Schatzanweisungen treten. Die Mindereinnahmen resultiren hauptsächlich daraus, daß etwa 11½ Millionen Mark Ausfall an Ueberschüssen aus früheren Jahren in Ansatz gebracht werden mußten. Die Reichsregierung hielt es nicht für gerechtfertigt, wie in vorigen Jahren, einen Zuschlag wegen Zunahme der Bevölkerung einzustellen. Wenn Sie den Etat im einzelnen prüfen, werden Sie finden, daß die Reichsregierung keine Ausgaben eingestellt hat, ohne Rücksicht auf die Finanzlage des Reichs. Dieselben sind entweder durchaus nothwendig, oder wo dies nicht absolut der Fall ist, von geringem Betrage und zu nationalen Zwecken geboten. Die Reichsregierung schlägt Ihnen vor, diesmal das Defizit von 28 Millionen Mark nicht durch Erhöhung der Matricularbeiträge, sondern durch Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs zu decken. Die Gründe hierfür zu entwickeln werde ich bei Berathung der betreffenden Vorlagen Gelegenheit haben. Ich schließe mit dem Ausdruck der Hoffnung,

daß es dem ernsten Eifer aller Factoren der Gesetzgebung gelingen werde, nicht blos über die Höhe des Deficits, sondern auch über die Mittel zu dessen Deckung ein Einverständniß zu erzielen.

Abg. Richter (Hagen): Wir beabsichtigen, die Debatte nicht über den Rahmen des Budgets selbst auszudehnen; denn über die orientalische Frage soll ja nach des Herrn Präsidenten Ankündigung am Dinstag besonders verhandelt werden. Auf politische Organisationsfragen brauchen wir um so weniger einzugehen, als unsere Ansicht von der Finanzlage dieselbe bleibt, mögen sich in der obersten Organisation Aenderungen personeller oder organisatorischer Art vollziehen oder nicht. Die Steuervorlagen, die heute nicht zur Debatte stehen, brauchen wir nicht zu berühren im Einzelnen, weil sie unserer Ansicht nach aus diesem Budget nicht zu rechtfertigen sind. Vergleichen wir diesen Etat mit dem pro 1872, dem ersten Etat des neuen Reiches, so ergiebt sich, daß die Einnahmen hinter den Ausgaben nur um 13 Millionen Mark zurückgeblieben sind. Die hier in Ansatz gebrachten Matricularbeiträge übersteigen daher die pro 1872 nur um 13 Millionen, oder nach Abrechnung der in den Matricularbeiträgen steckenden Aversen Süddeutschlands für Brau- und Branntweinsteuer nur um 7 Millionen. Inzwischen haben allein die norddeutschen Staaten 439 Millionen Mark aus der französischen Kriegscontribution erhalten und konnten dieselben theils zur Schuldentilgung, theils zu Eisenbahnbauten verwenden. Sie wären daher jetzt fähiger als früher, höhere Matricularbeiträge zu zahlen, zumal sie diese großen Summen auch nach der Kopfzahl empfangen haben. Noch in den letzten Wochen hat eine bis dahin unvorhergesehene Vertheilung von 20 Millionen stattgefunden. Indeß Niemand wird glauben, daß der Etat dieses Haus mit 100 neuen Millionen Matricularbeiträgen verlassen wird, wie es dasselbe betreten hat. Das angebliche Deficit war officiös zuerst auf 40 Millionen berechnet, beträgt jetzt nur 28½; im vorigen Jahre war es 26, davor 15; 1875 25 Millionen. Es ist bisher noch immer gelungen, dasselbe verschwinden zu machen, ohne sonderliche Mehrbelastung. Man kann dem Reichstage nicht vorwerfen, devastirende Finanzpolitik getrieben zu haben.

Der Invalidenfonds erweist sich trotz der im vorigen Jahre überwiesenen neuen Ausgaben schon wieder als zu groß. Wir werden daraus, wenn wir die Bilancirung bis auf das nächste Jahr verschieben, alle bisher aufgenommenen Anleihen tilgen können, ohne seinen Zweck zu beeinträchtigen. Ich muß nun das angebliche Deficit von 28 Millionen etwas zurechtflicken. Redner weist sodann nach, daß die Zuckersteuer im laufenden Jahre in Folge der letzten geringeren Rübenernte, großer Ausfuhrbonificationen und geringerer Einfuhren allerdings 15 Millionen weniger eingetragen, daß aber gerade die Ernte von 1877 mit einem Plus von 12,000,000 Rüben für den neuen Etat 10,000,000 mehr verspreche. Statt dessen habe die Regierung, unter Anwendung einer veränderten Berechnungsweise die Zoll- und Verbrauchssteuern um 7½ Millionen niedriger veranschlagt. Die orientalische Frage gewinne in diesem Augenblick einen acuten Charakter; entständen daraus tiefere Verwickelungen, so verliere die jetzige Etatsaufstellung überhaupt ihre Grundlagen und weder höhere Matricularbeiträge, noch höhere Steuern seien am Platze, nur außerordentliche Mittel könnten dann ergriffen werden. Schließe diese Frage dagegen friedlich ab, so würden dadurch die Unterlagen des Budgets mehr verbessert, als durch alle Arbeiten der Budgetcommission. Wie die Dinge im Uebrigen liegen, könne man durch Einstellung des bisherigen Betrages an Zoll- und Verbrauchssteuern die Bilanz um 7½ Millionen verbessern. Dazu kommen noch 1½ Millionen, wenn der Bundesrath die städtische Bevölkerung im Freihafengebiet von Hamburg und Bremen mit einem, dem wirklichen Verbrauch der Bevölkerung daselbst an Kaffee, Zucker u. s. w. mehr entsprechenden Aversum heranziehe. Redner führt weiter aus, daß in diesem Etat bei den Bauten der Militär- und Postverwaltung 3 Millionen Mark mehr aus laufenden Mitteln und weniger aus Anleihen gedeckt würden, als im Vorjahr. Wenn man bei wenig günstigen finanziellen Verhältnissen gleichwohl große außerordentliche Bauaufwendungen vornehme, so müsse man umgekehrt, Anleihen stärker heranziehen, als in anderen Jahren.

Minister Hofmann habe aus der ungünstigen Zuckerernte von 1876 Mindereinnahmen pro 1878 gefolgert, obwohl gerade die neue Ernte pro 1877 besser ausgefallen. Ebenso folgere man aus hohen Roggen- und Fouragepreisen einen Mehrbedarf für Naturalverpflegung der Armee, obwohl inzwischen Roggen und Hafer erheblich billiger geworden. Redner weist nach, daß die Militärverwaltung pro erstes Semester 1878 billigere Preise für den Verkauf überflüssiger Rationen publicirt hat, als sie im Etat für den Einkauf beansprucht. Lehne man auch die Mehrforderung mit 3 Millionen ab, so ergäben die bisherigen Ausführungen schon 14 Mill. von den verlangten 28, ohne Beschränkung von Verwendungen, nur durch größere Richtigstellung der Berechnungen. Aber auch materiell seien gewisse Einschränkungen der Ausgaben angezeigt. Durch Anpassung an die gestiegenen Preise sei der Militäretat von 1872 bis 1878 um 80 Millionen Mark oder 33⅓ Procent im Ordinarium gestiegen. Jetzt, bei sinkenden Preisen, reducirte man die Fonds nicht entsprechend und häufe desto größere Vorräthe an. Wir sollen jetzt schon Geld hinlegen für den Zeitpunkt, wo die eben den Truppen übergebenen neuen Mausergewehre durch andere ersetzt werden sollen. Den Erlös für verkaufte Zündnadelgewehre — gerade 1877 beträchtlich — finden wir nicht verrechnet. Die Offiziere sollen jetzt die doppelte Commandozulage im Cantonnement erhalten. Wenn das nicht geschähe, würden folgenschwere Derangements den Bestand des Offiziercorps verringern und vom Betreten dieser Laufbahn abschrecken, heißt es in den Motiven. Nun würde aber jene Verdoppelung für jeden Offizier durchschnittlich nur ein 20 Markstück ausmachen: dieses fehlende Stück kann doch nicht solche Folgen haben. (Heiterkeit.) Es handelt sich eben darum, mit solchen Aufbesserungen nicht vereinzelt, sondern nur systematisch nach längeren Perioden, in guten Jahren vorzugehen. Die Präsenzstärke der Armee ist durch Gesetz festgestellt und Ersparnisse nach dieser Richtung sind somit ausgeschlossen. Die Marine trägt zur Vermehrung des Ordinariums mit 3½ Millionen beinahe ebenso viel bei, wie die Armee. Seit 1872 ist das Marineordinarium von 11 auf 25 Millionen Mark gewachsen. Der Umfang der Indiensthaltung der Schiffe trägt zur neuen Steigerung besonders bei; die Kosten für dieselbe sind jetzt schon größer, als sie nach Durchführung des Flottengründungsplans nach 1882 sein sollten; das Personal wird übermäßig angestrengt. Die seemännische Bevölkerung kann der verstärkten Aushebung nicht folgen; die Schiffe werden rasch amortisirt.

Die Indienststellung hängt nicht mit der orientalischen Frage zusammen. Statt 2 Corvetten und 1 Kanonenboot, nach dem Flottengründungsplan, sollen wir in Ostasien und Australien jetzt 8 Corvetten und 5 Kanonenboote stationiren. Wir haben uns nicht am Wenigsten für Deutschlands maritime Entwickelung interessirt und empfinden Genugthuung darüber, Deutschland nicht mehr der Unbilde jedes kleinen Raubstaates ausgesetzt zu sehen; aber est modus in rebus. Wir können nicht zugleich 400,000 Mann Landsoldaten fortgesetzt unterhalten und die Marine über ein bescheidenes Maß hinaus ausdehnen. An der internationalen Meerespolizei wollen wir uns betheiligen, jedoch der auswärtige Handel mit halbbarbarischen Völkerschaften kann nun einmal nicht, wie es dem Ideal unserer Consuln entsprechen mag, durch Corvetten und Kanonen so gesichert werden, wie der Handel in den Straßen von Berlin. (Heiterkeit.) In der Civilverwaltung des Reiches sind die schönen Zeiten längst vorbei, wo man mit 4 vortragenden Räthen und 2 Hilfsarbeitern im Reichskanzleramt auskam. Gleichwohl sind damals vielfach bessere Gesetze vorbereitet worden, als heute. Wir haben es nicht abgelehnt für besondere Zwecke neue Reichsämter zu schaffen; aber der Enthusiasmus für Schaffung neuer Behörden geht zu weit. Unsere Reichsbureaukratie zählte schon an Hunderten nach Köpfen; gleichwohl wird in diesem Etat fast auf jeder Seite ein neuer Geheimrath gepflanzt, und zu jedem neuen Geheimrath gehört natürlich auch ein neuer Secretär und ein neuer Kanzleidiener. Jeder neue Beamte ruft schon durch seine bloße Existenz neue Schreiberei hervor. (Große Heiterkeit. Sehr gut!) Das neue Civilcabinet des Reichskanzlers wird auch die Schreiberei nicht vermindern und die persönliche Stellung der Inhaber der obersten Reichsämter heben.

So weit durch Streichungen nach den angedeuteten Richtungen die Erhöhung der Matricularbeiträge nicht vermieden werden kann, werden wir auf Bestände der Kriegscontribution zurückgreifen können. Da giebt es doch noch einzelne verwendbare Beutel in einzelnen Ecken, über deren Natur sich Herr Minister Hofmann, wie er sich vorgestern ausdrückte, noch nicht vollständig klar hat werden können. Redner führt mehrere solcher Fonds an und kommt dann auf die große neue Entdeckung der 28 Millionen Ersparnisse aus den Verpflegungsgeldern der Occupationsarmee zu sprechen. Man kann nicht verlangen, daß wir uns hier bei dem Deficit abmühen, während die Vorlage mit den Ersparnissen im Bundesrath zurückgehalten wird. Hat dann die ungünstige Seite des Budgets ihren Zweck erfüllt, so präsentirt man uns die Ersparnisse für milde Stiftungen zu Offizier-Casinos und Dienstwohnungen commandirender Generale. Zum mindesten die aufgelaufenen Zinsen jener Ersparnisse gehören schon gesetzmäßig auf diesen Etat und reichen mit allen übrigen namhaft gemachten Beträgen aus, eine Erhöhung der Matricularbeiträge überflüssig zu machen. — Die Finanzpolitik der Regierung leidet an zwei falschen Grundauffassungen. Sie betrachtet die ungewöhnliche Ausgabesteigerung der letzten fünf Jahre als organisch fortdauernd in der Zukunft und hält ebenso die aus besonderen Verhältnissen folgende Stagnation der Einnahmen für etwas Normales. Wir leugnen Beides und betrachten die augenblickliche Knappheit nur durch eine Complication vieler ungünstiger Momente herbeigeführt. Diese Anschauung ist nicht das Ergebniß einer Parteitaktik; wir haben nicht zwei Brillen, durch die wir je nachdem die Situation einmal rosig, das andere Mal schwarz ansehen. Mögen an dem Ministertisch die Herren Camphausen und Hofmann sitzen oder die Herren — x und y — (Heiterkeit), wir sehen die Finanzlage darum nicht verschieden an. Unsere Auffassung der Finanzen steht im Einklang mit unserer Auffassung der gesammten wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse.

Bis vor einigen Jahren war unter dem Eindruck der äußeren Erfolge und der Milliarden ein Optimismus vorherrschend, der meinte, nun könne Deutschland nichts mehr fehlen; das Geld liege auf der Straße, man brauche es nur aufzunehmen. Dem gegenüber haben wir uns eine möglichst nüchterne kritische Auffassung zu bewahren gesucht, auch als dies nicht gerade sehr populär war. Nun ist der Optimismus in Pessimismus umgeschlagen. Man glaubt, Deutschland könne sich aus den gegenwärtigen Verhältnissen durch sich selbst nicht anders herausarbeiten, als mittels staatlicher Zwangsmaßregeln, durch Schutzzölle, Gewerbe- und Polizeibeschränkungen. Auch diese Strömung bekämpfen wir sachlich, bald an der Seite der Regierung, bald, wenn sie solchen Strömungen zu unterliegen droht, im Gegensatz zu ihr. Dieser Pessimismus ergreift nun auch die Finanzpolitik. Wie es Leute giebt, welche glauben, Schutzzölle und Gewerbegesetze könnten neue Productionskräfte erschließen und den Volkswohlstand heben, während dergleichen die vorhandenen Werthe nur zu deplaciren vermag, so scheint es jetzt auch Leute zu geben, welche meinen, neue Steuern könnten Mittel erschließen, die sonst gar nicht vorhanden sind. Alle Steuern müssen aber aus dem Volkshaushalt, dem Arbeitsertrag vorweg entnommen werden. Je mehr Steuern, desto weniger behält der einzelne für sich; aus einem und demselben Portemonnaie, wenn auch bei verschiedenen Gelegenheiten, sind alle Steuern zu bezahlen. Unter denjenigen, die jetzt neue Steuern projectiren, sind die Herren, die gegenwärtig hinter dem Regierungstisch sitzen, noch gar nicht die schlimmsten. (Heiterkeit.) Die freiwilligen Erfinder neuer Steuern fürchte ich am meisten. Jede Post bringt mir Broschüren und Prospecte über neue Steuern. Nachgerade muß man sich schon gegen persönliche Besuche von Leuten schützen, die neue Steuern erfunden haben. (Heiterkeit.)

Vorgestern besuchte mich Jemand, ein solider respectabler Herr, der hatte nicht weniger als drei neue Steuern, jede à 100 Millionen Ertrag, erfunden. Er schien mir durchaus selbstlos, denn er verlangte nicht einmal, für seine Erfindung Reichfinanzminister zu werden. (Heiterkeit.) Wie ein Kind sein Spielzeug auf den Tisch stellt, so schlägt man Monopole oder Fabrikatssteuern vor, als sei dies die unschuldigste Sache von der Welt. Was andere Staaten unter dem Druck schwerer innerer und äußerer Kriege, unter der Last von Milliarden Staatsschulden, am Rande des Staatsbankerotts zugleich mit der Papierwährung sich auferlegen mußten, sollen wir als das Milliardenreich uns freiwillig, gleichwie als einen Kopfschmuck anlegen. Man glaubt, tabula rasa vor sich zu haben und ignorirt die Industrie, die sich auf Grundlage der bestehenden Gesetze in großer Ausdehnung gebildet hat. Durch ein Reichseisenbahnproject greift man in alle Eisenbahnverhältnisse störend ein und läßt es dann wieder als aussichtslos fallen, um ein nicht minder in eine große Industrie einschneidendes Steuerproject aufzunehmen. Ja, nachdem der Bundesrath diese beiden Steuergesetze an uns abgesandt, ist bereits wieder eine neue Commission eingesetzt worden, um zu erörtern, inwieweit der Tabak noch darüber hinaus mit Steuern belastet werden kann. Solche Verwirrung ist bereits angerichtet, daß, wenn diese Gesetze wirklich zu Stande kämen, die Steuern dann für lange Zeit nicht in die Reichskasse, sondern in die Taschen von Speculanten bezahlt werden würden, die bereits große Vorräthe eingeführt haben. Es soll in Berlin Speculanten geben, die bis zu 30,000 Centner Tabak auf Lager haben, um daran à 10 Thaler zu verdienen und sich zur Ruhe zu setzen. In Mannheim ist die Speculation derart fieberhaft, daß sogar Hopfenhändler schon Tabak auf Lager legen. (Heiterkeit.)

Nächstens werden sich Deputationen von Tabaks-Interessenten melden, mit der Bitte, um Gotteswillen die Tabakssteuer anzunehmen, damit ihre Speculation auf die Taschen der Steuerzahler gelingt. Nun sagt man, Steuerreform wolle man; aber dieser schönen Maske trauen wir nicht; wir werden ihr überall beim Begegnen scharf ins Auge sehen, um zu erkennen, wie viel Reform und wie viel Steuererhöhung dahinter steckt. Was uns bis jetzt in dieser Umhüllung begegnet, war einige 3/7 Reform, im Uebrigen seiner Tendenz nach halbe Steuererhöhung, namentlich der kleineren Leute, halb Einschränkung des Einnahme-Bewilligungsrechts des Reichstages. Eine abstracte Sehnsucht nach Steuerreform besitzen wir unter diesen Zeitverhältnissen am wenigsten. Wir wollen lieber als Steuererhöhungen unter dem Titel Reform die alten Steuern behalten. Jede alte Steuer ist als alte Steuer weniger drückend, während jede neue Steuer, als neue Steuer, selbst wenn sie an und für sich besser ist, in der ersten Zeit einseitig drückt, namentlich wenn sie einzelne Industriezweige erfaßt. Unseretwegen brauchte über die beiden neuen Steuervorlagen demnächst nicht einmal die erste Lesung stattzufinden, denn wir vermögen aus diesem Budget kein Bedürfniß zu einer Steuererhöhung zu ersehen, weder diesem Ministerium noch einem andern Ministerium gegenüber. (Beifall.)

Geh. Rath Dr. Michaelis: Auf den letzten Theil des Vortrages will ich nicht eingehen, da wir in den nächsten Tagen ausgiebige Gelegenheit dazu haben werden. Ich leugne entschieden, daß die Aufstellung des Etats von pessimistischer Auffassung dictirt ist. Die Zahlen sind ganz der Wirklichkeit entsprechend gegeben und die nothwendigen Schlußfolgerungen aus denselben gezogen. Der Vorredner ist mit einem Optimismus aufgetreten, der für die Finanzverwaltung nur erfreulich sein kann, weil er ihr günstige Aussichten für die Zukunft eröffnet. Wenn ich indessen das Pelotonfeuer von Millionen, welches von jener Seite auf uns hereinprasselte, höre, so fällt mir dabei ein Sprichwort meiner Heimath ein, die dem Reden nicht einmal den Werth von Silber beilegt, sondern sagt, Reden ist überhaupt kein Geld.

So fürchte ich, die Mehreinnahmen von der Rübensteuer und dem Zuckerzoll, welche der Vorredner in Aussicht gestellt hat, werden nur Worte bleiben. Der Vorredner hat dann den vorliegenden Etat mit dem von 1872 verglichen; eine einfache Vergleichung ist nicht angebracht, sondern man muß nach der Entwickelung der Wirklichkeit urtheilen. Die Erhöhung des Etats von 1873 entsprach einer Conjunctur, die man als eine dauernde nicht ansehen konnte. Im Jahre 1872 betrugen die durch eigene Einnahmen des Reiches nicht gedeckten Ausgaben 12½ Procent, im Jahre 1875 beliefen sich die durch eigene Einnahmen nicht gedeckten Ausgaben auf 26 Procent, 1876 und 1877 ungefähr ebenso hoch, 1878 auf 27 Procent. Unter solchen Verhältnissen kann man die Etats von 1878/79 und 1872 also nicht ohne Weiteres vergleichen. Das Reich hat den Einzelstaaten für Erleichterungen Raum gegeben und ihnen gestattet ihre Ausgaben zum Wohle der Bevölkerung zu erweitern. Wenn wir heute die Matricularbeiträge auf den Kopfbetrag zurückführen wollten, wie sie 1871 standen, so würden wir Mittel für das Reich in Anspruch nehmen müssen, welche nicht mehr disponibel sind. Der Vorredner hat es getadelt, daß wir an dem Grundsatze, die Vermehrung der Bevölkerung bei den Veranschlagungen der Zölle und Verbrauchssteuern in Rechnung zu ziehen, abgewichen sind; es war dies nothwendig, weil die vorjährigen Anschläge sich nicht erfüllten. Sein Trost, daß die Rübenernte einen besseren Ertrag haben würde, ist doch nur eine Discontirung der Zukunft; die Hinweisung auf den Invalidenfonds ist auch nicht durchschlagend, denn ob man Schulden macht oder Capitalbestände aufzehrt, ist ziemlich gleich. Die Mittel für die Indienststellung von Schiffen sind nothwendig, wenn die Marine nicht außer Stande sein soll, die ihr zufallenden Aufgaben zu erfüllen. Im Uebrigen kann ich nur bitten, den Etat einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Während der Rede des Director Michaelis tritt Fürst Bismarck ein, begrüßt den Präsidenten, die Herren am Tische des Bundesrathes und zahlreiche befreundete Abgeordnete, nimmt zunächst neben dem Grafen Moltke Platz, mit dem er sich längere Zeit unterhält und tritt dann zu dem Präsidenten v. Forckenbeck heran, mit dem er ebenfalls eifrig conferirt. Alsdann zieht er sich in sein Conferenzzimmer zurück.

Abg. v. Maltzahn (Gültz): Ich bin mit dem Abg. Richter darin einverstanden, daß man neue Steuern nicht schaffen soll, wenn die Finanzlage es nicht absolut erfordert; aber es ist mir interessant gewesen, zu sehen, aus wie vielen Töpfen der Abg. Richter naschen mußte, um zu seinem Resultat, daß unsere Finanzlage günstig sei, zu kommen. Aber ich sehe fast mit mathematischer Gewißheit neue Ausgaben herankommen, wenn z. B. in den nächsten Jahren eine Revision des Wohnungsgeldzuschuß-Tarifs erfolgt. Das Ergebniß des vorigen Jahres, welches eine Mindereinnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern von 7½ Millionen Mark aufweist, hat gezeigt, wie gerechtfertigt unsere Warnung war, den gewohnten Rechnungsmodus nicht zu verlassen, also nicht den Bevölkerungszuwachs von Einfluß auf denselben sein zu lassen. Es ist richtig, daß man den Berechnungen stets dasselbe Princip zu Grunde legen soll; aber ein Verstoß gegen diesen Grundsatz ist nicht in diesem, sondern im vorigen Jahre gemacht worden. Ich begrüße den Antrag, den Etat der Postverwaltung einer besonderen Commission zu überweisen, als einen durchaus praktischen; denn wir werden uns vielfach mit den Anträgen der Postunterbeamten zu befassen haben.

Die Mehrforderungen des Etats im Ordinarium werden zum großen Theil nicht angefochten werden können, namentlich die Indienststellung von Schiffen wird nothwendig sein, wenn wir unsere Interessen in Asien und überhaupt in den außereuropäischen Ländern wahren wollen; wir können uns nur freuen, wenn unsere Marine so stattlich angewachsen ist. Ob die Ansätze für die Naturalien den Verhältnissen entsprechend normirt sind, können wir heute nicht entscheiden. Mir ist es aber ganz zweifellos, daß wir, wenn auch nicht in diesem, so doch im nächsten Jahre vor der Frage der Erhöhung der Matrikularbeiträge stehen werden. Die Ermäßigung derselben ist eine Frage der Steuerreform. Ich halte nun die Zeiten der Noth für nicht geeignet zu solchen Reformen, und hätte lieber gesehen, daß wir schon im vorigen Jahre ernsthaft auf diese Frage eingegangen wären; jedenfalls werden wir in diesem Jahre ernsthaft daran gehen müssen. Auf die Steuervorlagen will ich nicht näher eingehen, aber es wird sich doch fragen, ob man die Vorlagen ohne Weiteres annehmen kann. Die Vorlage über Tabakssteuer greift so tief ins Leben ein, daß es fraglich sein könnte, ob man eine solche neue Organisation wegen einer finanziell so unerheblichen Summe einführen soll.

Abg. Rickert: Ich will hier nicht auf die Steuervorlagen eingehen, sondern nur im Gegensatz zum Abg. Richter constatiren, daß auch auf dieser (linken) Seite des Hauses von einer großen Anzahl von Mitgliedern die Nothwendigkeit der Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches anerkannt wird. Zu gleicher Zeit fordern wir allerdings eine Steuerreform nicht nur im Reiche, sondern auch in den Particularstaaten. Diesen Standpunkt werden wir auch bei der Beurtheilung der jetzigen Steuervorlagen einnehmen. In Bezug auf das Budget selbst sind alle Parteien einig darin, daß man soviel als möglich den augenblicklichen Verlegenheiten unserer Finanzlage Rechnung tragen, daß man die einzelnen Positionen des Budgets genau prüfe und danach entscheiden muß. In Bezug auf die geschäftliche Behandlung des Budgets würde ich im Einverständniß mit dem Abg. Richter nichts dagegen einwenden, wenn das Haus den Post- und Telegraphenetat und den Eisenbahnverwaltungsetat einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern überweist vorausgesetzt, daß dieselbe die ihr überwiesenen Etats im Geiste einer Budgetcommission von finanziellen Gesichtspunkten prüft und ihre Wünsche mit Rücksicht auf die augenblickliche Finanzlage des Reichs formulirt. Mit dem Antrage Gumbrecht erklären wir uns einverstanden. Man kann von den Einzelmeinungen heute absehen, ob wir ein augenblickliches oder ein dauerndes Deficit haben — wir haben ja eigentlich kein Deficit, da wir die erforderlichen Matricularbeiträge immer haben. Die Meinungen darüber sind verschieden; die Einen malen sich die Zukunft in dunkeln, die Andern in hellen Farben. Meine Stellung kennen Sie ja aus früheren Jahren, wegen welcher ich viele Anfechtungen erfahren habe. Wir sind darin einig, daß wir bei diesem Budget möglichst die Matricularbeiträge herabmindern müssen. Im Ordinarium wird bei der Militärverwaltung der größte Posten in Bezug auf die Naturalverpflegung einer Modification unterworfen werden müssen.

Die Militärverwaltung als solche hat kein Interesse an dieser Frage; sollten die Ansätze im Etat falsch sein, so wird derselbe einfach überschritten, wie das ja schon mehrfach vorgekommen ist. Seitdem wir anerkanntermaßen die Etats der Wirklichkeit möglichst entsprechend aufstellen, müssen wir alle maßgebenden Momente in Betracht ziehen. Ich bin der Meinung, daß die gegenwärtigen niedrigen Preise für Roggen und besonders für Hafer allerdings unter allen Umständen es rechtfertigen, wenn man von der Erhöhung um 2½ Millionen absieht. In der Budgetcommission werden wir das gründlich auf Grund von statistischem Material prüfen können. Im Uebrigen wird der Militäretat nicht zu vielen Ausstellungen Anlaß geben. Die ganze Commandozulage hat das Haus schon im Jahre 1874 mit Rücksicht auf das Wohnungsgeldzuschußgesetz abgelehnt. Sollten die Mißstände wirklich so schreiend sein, wie die Denkschrift sie schildert, so würde ich die jetzige Forderung der Regierung nicht ablehnen. Wir werden das ernst prüfen; einstweilen halte ich die Uebelstände nicht für so bedeutend, als sie geschildert werden. In Betreff der „Erhöhung der Umzugskosten wird uns mitgetheilt werden müssen, auf welcher Grundlage dieselbe stattfinden soll. Das Reichsbeamtengesetz schreibt für die Civilbeamten in dieser Beziehung eine kaiserliche Verordnung vor. Ist diese ergangen? Welches sind deren Motive? Im Großen und Ganzen dürfen wir uns nicht wundern, daß die Militairausgaben gestiegen sind; aber so erschreckend ist die Steigerung doch nicht, wie sie der Abg. Richter dargestellt hat; er ist hauptsächlich nur in Bezug auf die Contingente Sachsen und Würtemberg gewachsen, nicht aber für Preußen, wo die Grundlage der Organisation bereits vorhanden war. Hauptsächlich liegt die Steigerung in der Geld- und Naturalverpflegung, die seit 1872 von 66 resp. 45 Millionen auf 80 resp. 69⅓ Millionen Mark gestiegen sind; ebenso ist der Bekleidungsetat von 12 auf 18 Millionen Mark gestiegen.

Diese Steigerungen waren unvermeidlich. Wir haben trotzdem jede Mehrforderung des Militäretats aufs Genaueste zu prüfen. Aber Deutschland inmitten großer Militärstaaten — in Frankreich ist erst vor einigen Tagen eine Erhöhung der Recrutirungsziffer von 150,000 auf 170,000 Mann beantragt worden — kann nicht mit verschränkten Armen zusehen, es ist finanziell stark genug, die im Interesse der Wehrhaftigkeit nothwendigen Leistungen zu machen. In Bezug auf die Indienststellung der Schiffe muß ich hervorheben, daß die Stärke derselben etwas Bedenkliches hat, wenn mit ihr nicht die Vermehrung und Ausbildung der Mannschaften Hand in Hand geht. Es handelt sich hier nicht um die Wehrhaftigkeit der Nation nach außen, bei einer Absetzung auf diesem Etat würde dieselbe nicht leiden. Der Flottengründungsplan wird nicht nur in Bezug auf die Indienststellung überschritten, sondern die Ausgaben für das Militärpersonal sind, während der Flottengründungsplan sie auf 5½ Millionen Mark für dieses Jahr ansetzt, nur 4½ Mill. Mark veranschlagt. Wir haben also zu wenig Mannschaften; ob eine solche Anspannung des Personals im Interesse der Marine liegt, werden die Sachverständigen am besten wissen. Der gleiche Gesichtspunkt trifft für den Bau der Schiffe zu, der ohne Schaden etwas verlangsamt werden kann. Die Erhöhung im Specialetat werden wir bewilligen; ob wir dies in Bezug auf den Bau auch thun, bezweifle ich. Kann denn die Verwaltung die im Extraordinarium mehrgeforderten 6,000,000 M. verwenden? Wenn der Abg. v. Maltzahn-Gültz von seiner Warnung in Bezug auf die Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses gesprochen hat, so mußte dieselbe an die Regierung gerichtet werden, welche den neuen Modus aufgestellt hat. Der neue Grundsatz ist sehr rationell und man sollte von demselben nicht abweichen, zumal, wenn die Thatsachen nicht durchaus feststehende sind. Es ist möglich, daß Richter in Bezug auf die Rübenzuckersteuern Recht hat, mehrere Sachverständige stimmen mit ihm überein. Allein, wie kommt man dazu, beim Salz eine Million weniger anzusetzen? Das ist ganz unbegründet und muß ernstlich geprüft werden.

Die Tabaksteuer-Vorlage hat jedenfalls den Effect gehabt, daß die Einnahme aus dem Tabakzoll ganz erheblich in die Höhe schnellen wird. Wir sind mit Correspondenzen überschüttet worden, die uns die Ueberzeugung verschaffen, daß ein starker Tabakankauf stattfinden wird. Das ist die Folge dieses Projectes. Das Jahr 1866, welches uns die gemeinschaftliche Besteuerung des Tabaks in Aussicht stellte, hatte eine Vermehrung der Tabakseinfuhr von 300,000 Centner zur Folge. Im Jahre 1872, als die Bundesregierungen eine Tabakssteuervorlage machten, erhöhte sich die Einfuhr um 600,000 Ctr. Einen ähnlichen Effect, wenn auch sonst keinen (Heiterkeit), wird auch diesmal die Vorlage haben. Ich glaube, daß das Deficit von 29,500,000 Mk. sich erheblich vermindern lassen wird. Ohne eine Steuerreform, wie wir sie wünschen, werden wir aus unserer unserer unerwünschten finanziellen Lage nicht herauskommen. Die deutschen Finanzverhältnisse sind in ihrem Fundamente gesund. Ich will die guten Aussichten auf den Invalidenfonds nicht noch einmal betonen, sondern nur hervorheben, daß derselbe den ganzen allgemeinen Pensionsfonds, oder wenigstens den größten Theil desselben tragen kann. Wenn wir im übrigen die directen und indirecten Abgaben unserer Nation in den einzelnen Ländern vergleichen, so werden wir zu unserer Beruhigung finden, daß dieselben unseren Wohlstandsverhältnissen adäquat sind. Auf diesen Grund der Dinge müssen wir kommen, eine mechanische Steuerreform kann uns nichts helfen. Bei jeder Steuerreform müssen wir die Einzelstaaten ins Auge fassen. Ich wünsche, daß wie in früheren Jahren die Budgetcommission und das Haus sich in dem Wunsche vereinigen, daß es bald gelingen möge, eine Steuerreform unserer deutschen Nation zu erwirken, welche seinen Bedürfnissen Rechnung trägt und im Stande ist, die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung in jeder Beziehung zu wahren.

Abg. Schröder (Lippstadt): Der Etat fordert 22 Millionen zur Durchführung der Münzreform. Dies ist aber nur die erste Rate und es werden wohl noch reichlich 4 Raten nachfolgen, da wir durch die reine Goldwährung bis jetzt schon viel mehr verloren haben, als jetzt gefordert wird. Diesen Verlusten gegenüber habe ich mich stets in der Rolle der Kassandra befunden und immer betont, daß das glänzende und sinnberückende Ideal der sogenannten reinen Goldwährung unser Silber entwerthen und so das Volk schädigen werde. Wir hätten die Goldwährung um so weniger einführen sollen, als wir von Staaten umgeben sind, welche die Doppelwährung haben. Allerdings hat Finnland wie wir Goldwährung, aber ich beneide um diese Finnen die Herren von der Goldwährung nicht. (Heiterkeit.) Selbst Amerika hat den Silberdollar wieder eingeführt, und wenn die „National-Zeitung", das Organ der Goldfreunde, an diese Thatsache entrüstet die Bemerkung

knüpft, daß infolge dessen bei der eintretenden Entwerthung des Silbers der silberbesitzende Amerikaner 7½ pCt. verlieren werde, so möge das Blatt doch bedenken, daß ich, ein Deutscher, der ich 1000 Mark Silber besitze, sogar 25 pCt. verlieren muß. Es ist gerade so, als ob vorgeschrieben werde, Brot nur aus Weizen zu backen. Der Weizen würde steigen, aber der Roggen fallen zu Schaden derer, die ihn besitzen. Wir müssen auf diesem Wege Halt machen, wenigstens sollte die Budgetcommission die Sache ernstlich erwägen. Thun wir trotz der vorliegenden Thatsachen nichts, so wird uns die spätere Generation Böotier nennen.

Abg. Dr. **Lucius**: Mit der von den Vorrednern vorgeschlagenen geschäftlichen Behandlung des Etats bin ich einverstanden und beantrage dazu nur noch, auch den Etat der Eisenbahnverwaltung in die Commission zu verweisen. Was den Etat selbst betrifft, so sind die Steigerungen im Militäretat nicht sehr erheblich und zum Theil von Verhältnissen abhängig, die von der Verwaltung selbst nicht beeinflußt werden. Den bekämpften Durchschnittssatz betreffs der Naturalverpflegung halte ich für richtig. Den Ausstellungen gegen den Marineetat ist entgegen zu halten, daß sich die Marineverwaltung nur von der Majorität des Hauses bei ihren Dispositionen hat treiben lassen. War es doch gerade ein Mitglied der Fortschrittspartei, der Abg. Harkort, welcher dem Marineminister zurief: die Marine möge mehr segeln und weniger schreiben. Die Matricularbeiträge sind nur ein Nothbehelf, um eine Balancirung im Reichsetat herbeizuführen. Dies aber ist nur wieder eine Vertagung der endgiltigen Regelung der finanziellen Verhältnisse des Reichs. Jetzt, wo die Ausgaben die Einnahmen bedeutend übersteigen, ist jedenfalls der Zeitpunkt da, wo man sich mit dieser Frage beschäftigen muß. Die Matricularbeiträge können keine Sympathie der Bevölkerung für das Reich erwecken und außerdem halte ich es für opportun, wenn alljährlich hier über diese Sachen debattirt wird. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich die uns vorliegenden Steuervorlagen und unsere ganze Finanzreform zu betrachten. Der Mehrheit der Bevölkerung kann es vollkommen gleichgiltig sein, unter welcher Form sie Steuern bezahlt. (Widerspruch.) Ich kann mich hier nur dem anschließen, was in den Motiven zu den neuen Steuervorlagen angeführt ist. Jedenfalls ist es unsere Aufgabe, jetzt energisch an die Steuerreform zu gehen, denn versäumen wir dies in der jetzigen zweiten Legislaturperiode, die doch immer die fruchtbarste zu sein pflegt, so werden wir im letzten Jahre der Legislatur schwerlich dazu kommen.

Geh. Rath Dr. **Michaelis**: Auf die Frage, ob die reine Goldwährung oder die Doppelwährung den Vorzug verdiene, will ich nicht eingehen; diese Frage ist für uns entschieden. Wenn der Vorredner aber behauptete, daß unsere Münzreform eine völlig zwecklose kostspielige Maßregel gewesen sei, so theilt das deutsche Volk diese Ansicht nicht. Seit dem Jahre 1875 geht die Ausscheidung des Silbers aus dem Verkehr mit einer solchen Vehemenz vor sich, daß die Verkäufe von Silber, die wir vorgenommen haben, keineswegs eine ganz freiwillige war. Dieser Umstand beweist, daß die Münzreform einem lebhaften Bedürfniß des Volkes entspricht. Der Vorredner hat sodann auf die enorme Höhe der Verluste hingewiesen, die uns aus dem Verkauf der Unmasse einzuziehender Thalerstücke erwachsen werde. Dieser Behauptung will ich einige Zahlen entgegenstellen. Es waren an Einthalerstücken im Ganzen ausgeprägt 395½ Millionen Thaler, von denen beim Eintritt der Münzreform noch 367¾ Millonen einzuziehen übrig waren. Nach den Erfahrungen, die wir bei den Zweithalerstücken und bei den Zwei- und Einguldenstücken gemacht haben, werden ca. 21 Procent der Ausprägung bereits früher aus dem Verkehr gezogen sein. Das macht einen Betrag von 83 Millionen, nach deren Abzug also beim Beginn der Münzreform noch 284,683.000 Thlr. circulirten. Hiervon sind bis jetzt von Reichswegen 144,126,000 Thlr. eingezogen, so daß im Ganzen noch 140½ Mill. übrig sind. Dieser Betrag repräsentirt eine Silbermenge von 4,680,060 Pfund fein. Bisher sind vom Reiche bereits 5½ Millionen Pfund verkauft, so daß also weit über die Hälfte des nothwendigen Silberverkaufs bereits effectuirt ist. Der Vorredner hat ferner behauptet, der Silberwerth werde, nachdem die Reform durchgeführt sei, wieder rasch auf seine frühere Höhe emporschnellen; — ich wünsche das von ganzem Herzen, aber wenn das geschieht, so ist ja der Theil des Verlustes, der für uns durch die Preisentwerthung entsteht, mehr als zur Hälfte ausgeglichen. Ich bitte Sie alsa, sich durch also, sich durch die Ziffern des Abg. Schröder nicht irre machen zu lassen. Die Zahlen, die der Wirklichkeit entsprechen, beweisen, daß die schwerste Arbeit der Münzreform bereits hinter uns liegt.

Abg. **Bamberger**: Obgleich sich alle übrigen Redner der größten Enthaltsamkeit befleißigt haben, hat der Abg. Schröder doch der Versuchung nicht widerstehen können, seiner alten Treue zur Doppelwährung Ausdruck zu geben und hat offenbar um dem Bedürfnisse nach neuen Gesetzentwürfen zu genügen, einen Gesetzentwurf wegen Sistirung der Münzreform und wegen Wiedereinführung der Doppelwährung angekündigt. Ich erwarte diese Vorlage ruhig und dann werden wir, falls es dem Hause genehm ist, die gründlichen Debatten aus den J. 1871 und 1872 wiederholen. Jedenfalls werde ich dem Abg. Schröder nicht auf dem Wege der Prophezeiung folgen. Er hat sich als Kassandra oder richtiger als Kassandrich hingestellt. Aber selbst in Anschauung dessen, was die Gegenwart bringt, ist er nicht sehr zuverlässig. Er will in dem Moment, wo selbst nach der Ansicht unserer Gegner unsere Münzreform unter Dach gebracht ist, verkünden, daß dieselbe gescheitert sei. Sind seine Prophezeiungen ebensoviel werth wie seine Ansichten über die Gegenwart, dann brauchen wir die neue Kassandra nicht zu fürchten. Selbst in Frankreich ist man jetzt über das Gelingen unserer Münzreform einig. Wir sind unser überschüssiges Silber vollständig losgeworden und es handelt sich vielleicht nur um den Verlust von einigen Millionen, bis wir zur reinen Goldwährung übergehen. Ich stelle in Abrede, daß unsere Nachbarstaaten Doppelwährung haben. Weder in den Staaten der lateinischen Münzconvention, noch in anderen Staaten Europas existirt diese; überall hat man unregelmäßige Münzzustände. Die lateinischen Staaten, welche mit der Doppelwährung soweit transignirt hatten, daß sie alljährlich die Maximalgrenze ihrer Silberausprägung feststellten, haben vor zwei Jahren auf ihrer Conferenz beschlossen gar kein Silber mehr auszuprägen.

Nach eingehenden Debatten im französischen gesetzgebenden Körper hat man in diesem Jahre stillschweigend die beschlossene Maßregel prolongirt, ohne überhaupt eine Conferenz zu berufen. Holland wollte schon zweimal zur reinen Goldwährung übergehen, aber das Verhältniß zu seinen Colonien erschwert ihm dieses Vorhaben. Nur die Firmen, sagt der Abg. Schröder, seien in der reinen Goldwährung unsere Nachahmer. Vielleicht hat er momentan vergessen, daß die skandinavischen Staaten seit 3 Jahren die ausschließliche Goldwährung eingeführt haben; ich kann ihm also zu seinen Firmen jedenfalls noch eine beträchtliche Zugabe machen. (Heiterkeit.) Sein Prinzip geht darauf hinaus, daß die Goldwährung zu viel Geld kostet. Wenn man das billigste Geld nehmen soll, dann könnte man ja auch Blech nehmen. Es ist aber wichtiger, daß man eine Währung hat, die allen Schwankungen entzogen ist. Ich will nicht, wie dies in einem Nachbarlande so gern geschieht, sagen, andere Nationen beneiden uns um unsere Zustände, aber jedenfalls würden sich alle Staaten mit Vergnügen an unsere Stelle setzen und sich glücklich schätzen, zu einer so einfachen, gesunden Münzordnung gekommen zu sein. Daß dieselbe glücklich vollbracht ist, behaupte ich trotz der Prophezeiungen Schröders. Mögen alle Völker, die Silber zu kaufen haben, ihn für einen ausgezeichneten Propheten halten und dafür sorgen, daß das Silber im Preise steigt, das wird unserem Budget außerordentlich angenehm sein; ich werde ihn, so viel ich kann, in seiner Autorität unterstützen. Im Uebrigen kann ich um so weniger annehmen, daß die Summe von zwei oder drei Millionen den Schaden ausmachen wird, den wir auf die Münzreform zu zahlen haben. Ich möchte das Geschäft mit ihm machen, den Schaden für etwas weniger anzunehmen. Um Uebrigen kann ich ihn beruhigen, wenn er meint, daß die Silberbesitzer auch heutzutage, trotzdem es ihnen als Gläubigern schädlich sei, auch als Schuldner Verluste erlitten. Er meint, die 1000 Mark Silber, die er jetzt besäße, seien nur 750 Mark werth. Ich will ihm nicht zumuthen, sie mir zu bringen, weil er mich nicht besuchen würde, wenn er sie aber der Bank oder der Reichskasse bringt, wird man ihm dafür ohne jeden Verlust 1000 Mark Gold geben, und wenn nur seine guten Gedanken so gut pari sein werden, wie sein Silber, so kann er und der Reichstag zufrieden sein.

Die Debatte wird hiermit geschlossen.

Persönlich bemerkt der Abg. **Schröder** dem Bundescommissar gegenüber, daß er nicht allein auf die Einziehung der **Einthalerstücke** sondern auch auf die **Sechstelthalerstücke** hingewiesen habe, deren Einziehung erhebliche Verluste herbeiführen würde. Der Abg. Bamberger habe ihn insofern mißverstanden, als er selbstverständlich nicht an 1000 Mark geprägten Silbergeldes, sondern an seinem Besitz von 1000 Mark in silbernen Leuchtern und Löffeln 250 Mark durch den Uebergang zur Goldwährung verloren habe.

Die Anträge der Abgg. **Nieper** und **Lucius**, die Etats der Post- und Telegraphenverwaltung, sowie der Eisenbahnverwaltung an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen, sowie der Antrag **Rickert** auf Ueberweisung einzelner Theile des Etats an die Budgetcommission werden **angenommen**.

Um 5 Uhr vertagt sich das Haus bis Dinstag 12 Uhr. (Tagesordnung: Anleihegesetz, Interpellation Bennigsen-Hänel, Interpellation Eysold und Anträge der Abgg. Winterer, Kappel und Hirsch.)

Gewinn-Liste der 4. Klasse 157. Königl. Preuß. Klassen-Lotterie.
Nach dem Bericht von **Engel** Nachfolger, Kochstraße 20,
ohne Gewähr.
(Nur die Gewinne **über** 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

2 (3000) 6 16 64 122 30 63 210 26 65 95 336 509 26 (600) 39 79 84 614 738 40 884 910 61 **1**032 56 99 113 20 27 (300) 79 206 313 46 70 72 414 548 50 62 92 618 750 855 61 944 53 99 **2**010 79 103 (300) 9 80 97 374 441 84 511 20 625 39 90 781 830 58 905 **3**014 118 (300) 96 275 (300) 313 19 445 545 601 21 30 38 45 714 (300) 860 (600) **4**106 267 341 435 631 722 66 858 99 954 74 83 88 (1500) **5**026 (1500) 157 62 66 250 307 12 60 420 68 528 36 (600) 69 625 78 (1500) 775 93 913 93 **6**033 (300) 53 69 111 16 99 219 50 318 (600) 26 27 36 50 412 30 705 (1500) 805 (300) 69 92 900 (300) 5 71 97 **7**007 (3000) 101 3 9 34 47 74 94 258 323 (600) 39 (300) 96 407 31 (300) 65 521 35 53 68 638 79 703 821 24 55 936 45 **8**086 130 (300) 35 55 73 82 211 17 41 77 97 360 96 404 (300) 39 74 (300) 80 (600) 82 527 663 91 742 98 824 34 919 85 **9**071 94 (600) 96 106 (1500) 29 (300) 61 222 (600) 368 70 77 422 65 85 510 14 54 65 92 (1500) 604 9 91 (300) 795 814 939.

10,098 (300) 135 223 32 53 350 (600) 95 98 (3000) 404 69 71 515 37 69 619 (300) 77 82 711 95 803 (3000) 56 90 940 49 62 **11**,031 (1500) 46 (300) 56 153 364 94 510 16 81 662 82 707 (300) 87 907 (300) 38 **12**,067 109 (300) 31 (300) 219 (6000) 25 300 17 86 (600) 436 59 (300) 87 98 514 19 37 69 76 600 11 22 49 (300) 68 721 (600) 23 26 37 860 79 84 981 **13**,000 (300) 60 113 (6000) 22 51 60 78 (300) 79 373 400 87 500 4 31 632 57 734 840 945 **14**,069 79 (600) 84 131 (600) 44 209 (300) 71 305 50 79 95 406 (300) 28 61 (1500) 65 546 (300) 58 659 77 712 31 38 59 68 93 (600) 839 (300) 67 942 49 61 (300) 76 **15**,014 (300) 23 39 (1500) 64 109 46 71 215 (300) 35 304 61 483 500 (1500) 2 (300) 3 20 46 602 19 83 739 825 41 42 (1500) 947 49 58 **16**,084 167 208 350 55 (300) 73 75 (3000) 435 91 95 511 28 41 81 85 602 (300) 13 21 28 72 701 (300) 3 8 (300) 49 809 28 41 81 930 36 56 60 96 **17**,012 27 106 258 (300) 349 424 (300) 32 91 93 (600) 555 66 72 77 615 (300) 40 49 824 78 80 (600) 911 34 76 94 **18**,084 127 38 41 54 (600) 74 (300) 84 325 402 25 580 99 612 89 95 716 33 42 815 19 31 88 92 916 38 65 (600) **19**,038 55 72 (300) 106 24 48 51 (300) 71 276 82 83 328 63 473 605 (300) 59 70 74 (1500) 717 69 832 39 87 901 (600) 6 17 59.

20,020 92 99 159 205 17 49 96 420 30 41 508 43 77 98 (300) 633 93 97 737 92 818 (3000) **21**,012 (300) 70 98 140 64 92 97 208 26 56 98 372 89 (300) 98 491 98 509 (300) 38 618 87 90 788 838 70 73 911 30 (300) **22**,004 71 (600) 89 130 (300) 65 268 75 393 (300) 418 60 98 518 41 (300) 641 80 738 845 (3000) 912 89 **23**,003 (600) 30 112 17 287 89 95 440 (6000) 516 17 55 82 622 32 35 72 77 86 702 4 31 37 85 823 43 54 62 82 907 26 73 (1500) 93 94 **24**,034 48 125 85 232 59 427 (300) 55 60 65 516 610 44 72 703 60 847 58 900 (600) **25**,041 107 22 56 69 220 47 351 (300) 54 77 89 403 9 (600) 16 (300) 22 49 63 67 569 87 98 644 84 711 71 (300) 93 855 59 75 82 915 84 (1500) **26**,043 102 56 318 43 415 (3000) 49 82 620 707 28 29 34 53 809 59 942 (600) 44 **27**,052 (300) 231 55 96 (300) 330 66 426 46 512 15 49 (600) 70 86 (300) 652 719 44 82 819 51 81 910 32 **28**,103 (1500) 15 17 (3000) 20 203 75 342 77 93 (300) 477 534 672 734 42 69 (600) 70 (600) 81 837 (1500) 42 (3000) 57 93 902 80 83 92 96 **29**,082 133 42 81 87 (300) 273 316 49 51 60 73 (1500) 75 410 35 47 55 59 66 520 (3000) 74 88 641 763 66 80 804 (30,000) 11 58 83 990.

30,008 13 (300) 40 (300) 108 26 93 225 338 39 460 84 (300) 500 3 85 90 (300) 643 75 (1500) 93 744 811 31 56 67 80 970 **31**,017 53 115 27 207 31 41 334 (300) 66 416 28 (600) 694 (300) 818 (600) 907 55 **32**,008 113 96 209 14 43 85 361 89 91 425 53 508 64 (6000) 90 (300) 623 82 85 97 846 920 (300) 36 53 (1500) 79 **33**,040 77 91 96 119 65 69 97 202 19 324 40 47 55 65 78 87 462 86 (1500) 505 91 93 679 84 714 18 834 **34**,015 92 177 91 284 359 91 562 97 (300) 630 (300) 792 831 905 20 (300) 49 58 (1500) **35**,028 41 113 40 (300) 55 75 259 (1500) 329 97 420 (15,000) 29 63 81 540 (600) 66 (300) 604 23 37 67 68 710 99 839 903 28 **36**,022 89 239 46 311 25 42 63 (1500) 88 410 27 692 (300) 839 43 (300) 83 916 43 60 96 99 **37**,022 52 (300) 65 139 93 242 94 322 31 (300) 58 (300) 59 85 401 (3000) 539 47 (300) 616 740 69 912 (300) 98 **38**,066 (300) 89 96 134 52 87 (600) 230 37 62 344 46 60 423 512 86 (300) 672 73 810 66 70 83 975 (300) **39**,063 65 (3000) 80 104 (300) 13 37 227 348 402 16 24 (600) 579 629 33 48 (300) 49 (300) 70 719 81 852 71 906.

40,004 (300) 97 (300) 168 210 41 49 52 74 87 91 315 57 420 48 62 75 538 618 701 818 34 83 926 **41**,000 36 93 215 50 312 484 514 620 45 826 59 65 999 **42**,002 (600) 47 55 123 218 61 (1500) 374 76 94 (300) 439 523 97 663 79 739 98 **43**,073 87 226 41 (300) 383 468 516 66 67 95 654 715 819 71 (1500) 74 89 930 37 74 (1500) **44**,031 90 211 60 (300) 87 306 9 35 52 57 80 93 442 54 55 (300) 67 516 990 **45**,127 (3000) 42 (1500) 303 9 81 488 (3000) 574 80 88 (300) 94 606 709 95 833 **46**,005 38 153 (600) 253 71 74 93 351 82 591 643 94 (600) 750 864 81 961 **47**,029 141 82 322 27 32 52 95 430 80 582 620 52 99 701 12 83 900 (600) **48**,027 62 66 (300) 84 157 359 405 (600) 52 (300) 58 (1500) 81 83 526 81 642 701 72 78 885 941 56 **49**,124 (300) 31 237 (15000) 345 60 414 513 18 35 38 728 893 901.

50,015 203 29 99 311 16 23 56 73 420 21 25 613 20 779 813 (1500) 955 **51**,019 28 79 246 386 419 73 555 647 (600) 65 87 791 832 946 **52**,014 93 127 96 (300) 332 60 410 24 47 98 513 35 69 83 92 611 30 744 89 (600) 807 35 71 (3000) 920 41 61 **53**,025 29 41 47 173 263 333 56 422 32 518 62 635 800 37 39 (600) 905 10 80 90 **54**,004 43 (300) 57 287 323 25 59 (600) 65 (300) 436 95 523 37 44 59 (300) 600 (3000) 4 718 33 51 833 910 11 25 (1500) 34 (3000) 42 45 81 97 (600) **55**,028 32 39 217 (3000) 316 73 82 417 25 43 573 82 711 829 57 (300) 82 929 43 (600) 91 **56**,021 (300) 70 106 78 233 330 84 421 (300) 46 529 72 94 616 38 (6000) 99 705 50 805 29 72 99 923 31 **57**,012 46 140 213 71 336 421 75 (300) 511 32 61 616 (300) 77 701 (300) 68 (3000) 87 92 98 810 57 78 79 968 95 **58**,062 122 34 76 218 (3000) 29 36 38 312 34 (300) 82 89 (600) 409 73 89 533 40 610 22 37 54 58 784 807 54 909 34 (600) **59**,010 (1500) 13 72 93 (3000) 104 10 13 59 (300) 280 372 94 97 443 (600) 502 20 61 (300) 93 610 (1500) 13 93 728 32 57 62 849 81 903 22 40.

60,033 35 85 94 101 29 31 32 77 212 73 392 504 95 721 76 (300) 827 58 63 77 901 (300) 87 **61**,003 (300) 6 (3000) 103 15 24 70 206 23 (1500) 36 63 70 99 346 (600) 410 25 34 57 61 (300) 84 87 (600) 503 57 646 (300) 48 55 81 700 7 36 43 (300) 44 834 48 50 61 957 (300) 67 80 99 **62**,002 26 (600) 79 145 61 95 229 (1500) 40 62 (15,000) 82 90 322 47 68 414 36 507 66 67 (300) 87 (600) 606 10 27 40 835 43 70 84 978 97 **63**,007 (600) 56 128 444 565 617 26 701 57 82 (300) 830 967 **64**,179 (15,000) 90 92 248 67 377 99 409 14 16 533 (1500) 71 99 684 99 (300) 747 56 62 851 (1500) 982 (3000) 86 **65**,028 105 48 78 94 216 34 (300) 46 85 314 55 (3000) 417 (1500) 23 62 548 (3000) 61 666 74 757 841 82 **66**,172 312 (3000) 21 433 91 528 (300) 38 85 627 724 803 20 96 (300) 967 **67**,009 (300) 27 104 (600) 15 (300) 29 56 207 84 302 17 31 464 552 98 646 75 (300) 768 937 **68**,072 288 334 84 85 420 (300) 63 86 (1500) 570 92 703 91 93 874 **69**,036 53 185 98 228 322 28 69 460 684 (300) 94 711 19 (300) 37 86 863.

70,004 32 72 (600) 124 46 235 (300) 405 45 50 55 567 (300) 632 58 79 934 45 66 **71**,034 241 82 (600) 441 96 555 67 681 702 (1500) 57 819 63 96 916 (300) 61 72 **72**,073 100 7 94 445 (300) 87 561 79 619 765 853 907 (3000) 86 **73**,048 64 125 (1500) 27 33 55 288 (600) 328 419 36 (300) 565 74 600 43 60 705 (300) 846 67 **74**,092 165 66 233 341 619 40 82 (600) 97 758 69 918 96 **75**,017 (300) 68 149 63 366 (30,000) 494 517 30 (1500) 86 99 615 32 767 (300) 802 34 905 (300) 48 **76**,008 68 235 70 72 84 (600) 373 463 600 (300) 763 94 (300) 957 73 (600) **77**,018 43 78 (600) 105 35 (300) 70 (1500) 85 95 (300) 389 (300) 432 (300) 54 56 699 703 (300) 920 (3000) 34 48 **78**,077 215 40 (300) 59 73 95 97 (300) 312 41 436 (1500) 547 95 762 (300) 71 803 14 67 (3000) **79**,044 164 71 (600) 218 89 304 16 (1500) 51 82 (600) 554 641 48 845 55 910 86.

80,033 (300) 43 47 115 78 318 75 458 82 527 54 636 63 710 (600) 71 79 829 66 977 **81**,009 42 87 141 89 98 308 (300) 57 98 408 565 647 800 23 42 (600) 67 74 933 (3000) 66 **82**,161 217 30 323 97 (300) 493 530 34 661 83 717 61 97 885 (300) 998 **83**,004 15 (600) 145 297 305 50 53 64 (300) 81 403 (300) 500 12 26 98 (300) 616 31 (300) 58 783 (300) 870 90 932 (3000) **84**,018 34 172 75 94 309 85 442 (3000) 50 (300) 97 615 44 87 (3000) 89 235 50 52 839 51 988 **85**,033 86 93 103 51 252 (1500) 61 310 498 570 624 (300) 37 60 93 715 (600) 17 (300) 42 959 **86**,008 (300) 21 28 42 56 91 100 27 76 88 283 426 51 86 90 97 696 785 889 98 933 93 **87**,001 4 102 26 44 (300) 81 210 22 32 45 48 91 310 58 (600) 92 459 94 534 645 (300) 775 810 (1500) 13 25 33 45 47 904 87 (300) 90 **88**,012 54 151 (300) 60 65 96 213 343 46 55 72 411 34 59 502 37 56 69 644 710 60 85 813 66 71 931 61 63 (1500) **89**,045 65 136 74 (600) 281 306 29 (6000) 40 46 49 68 457 74 512 23 781 (1500) 87 (300) 891 929.

90,015 180 84 203 17 21 86 91 93 484 506 19 47 70 99 644 (600) 59 83 89 (3000) 718 (1500) 59 834 75 965 **91**,049 128 48 85 254 71 77 78 90 308 64 96 409 37 (600) 49 (3000) 555 623 718 25 57 85 93 820 93 903 **92**,161 213 (300) 313 15 24 86 450 99 513 (1500) 33 637 (600) 704 (3000) 880 958 (1500) **93**,247 317 76 99 412 (300) 556 (300) 643 (300) 49 90 921 (300) 99 **94**,013 (300) 96 131 53 300 8 17 (1500) 26 80 (1500) 472 509 (3000) 18 36 617 700 17 (300) 836 54 89 823 (3000) 31.

Darmstadt, 16. Febr. [**Der Großherzog**] begiebt sich heute Abend 7 Uhr zu den Vermählungs-Feierlichkeiten nach Berlin.

Provinzial-Zeitung.

** **Breslau**, 18. Febr. [**Fünfter Vortrag im Schlesischen Protestanten-Verein.**] Herr Diakonus **Schultze** wird heute Abend im Musiksaale der Universität einen Vortrag „über Voltaire und seine Zeit" halten.

Der Rathhausthurm ist heut zum Doppelfest der kaiserlich-königlichen Familie mit Fahnen in den Landesfarben ausgeschmückt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 16. Febr. Die in dem Abgeordnetenhause in Wien und in dem Unterhause in Pest eingebrachten Interpellationen über die orientalische Frage werden im Laufe der nächsten Woche von den Regierungen beantwortet werden.

Wien, 17. Febr. Die „Montagsrevue" meint, alle Mächte haben dem Congresse zugestimmt, Rußland weiche darin ab, daß es seinen Beitritt erst principiell in Aussicht gestellt habe. Oesterreich beschreite den Congreß mit dem festen Entschlusse, alle seine Interessen zu wahren und dem allgemeinen Friedens-Interesse volle Rechnung zu tragen.

Rom, 16. Febr. Am nächsten Montag halten die Cardinäle die letzte Sitzung als Congregation ab und ziehen sich sodann in die für sie bestimmten Räumlichkeiten zurück. Am Dinstag früh beginnen die Arbeiten des Conclave. Die Mehrzahl der Cardinäle soll darin übereinstimmen, die Entscheidung so zu beschleunigen, daß die Wahl des Papstes binnen 5 oder 6 Tagen vollzogen sein dürfte. — Der Camerlengo theilte gestern den Verwandten des verstorbenen Papstes das Testament desselben mit, dessen Inhalt bereits gemeldet ist. — Die „Italia" bezeichnet die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die Minister über die Reformeu, besonders über die Reform des Wahlgesetzes uneinig wären und daß der Minister des Innern die Ernennung von 100 Senatoren beabsichtige, als unbegründet.

Versailles, 16. Febr. Sitzung des Senats. Von Seiten der Regierung wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die Generalräthe mit Rücksicht auf die Weltausstellung schon zum 8. April einberufen werden sollen. Die Versammlung beschloß die Dringlichkeit für die Vorlage. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Wahl eines ständigen Senators vorgenommen. Dieselbe führte zu keinem Resultat. Carayon von der Rechten erhielt 135 Stimmen und Lefranc von der Linken 133 Stimmen. Am Dinstag findet eine abermalige Wahl statt.

London, 16. Febr. Das Panzerschiff „Raleigh", welches am 13. d. unweit Tenedos auf den Grund gerathen war, ist nach der Regierung zugegangenen Nachrichten, wieder flott gemacht worden, ohne Schaden gelitten zu haben.

London, 16. Febr. Heute Nachmittag fand in Trafalgar Square ein von etwa 2000 Personen besuchtes Meeting statt. Es wurde zunächst eine Resolution angenommen, in welcher das Vertrauen der Versammlung zu der Politik Lord Beaconsfields ausgedrückt wird. Alsdann gelangte eine zweite Resolution zur Annahme, in welcher gegen die event. Besetzung Konstantinopels durch die Russen, gegen die Erweiterung der russischen Macht im schwarzen Meere, und gegen eine Verletzung der Integrität der Türkei protestirt wird.

London, 18. Febr. Der Dampfer „Ludworth" stieß mit dem Passagierdampfer „C. M. Palmer", nahe bei Harwich, zusammen. Der „Palmer" ging nach 10 Minuten unter. Vierzehn Personen werden vermißt.

Petersburg, 17. Februar. Das „Journal de St. Pétersbourg" veröffentlicht ebenfalls die Documente über die Friedenspräliminarien und über die Waffenstillstandsconvention und beleuchtet zugleich in einem Leitartikel die räthselhaften Widersprüche und Inconsequenzen in den Aeußerungen der englischen Minister und ministeriellen Blätter. Das genannte Journal hebt besonders hervor, daß am 5. d. Mts. kein Grund zu Befürchtungen eines Vorrückens der russischen Truppen gegen Konstantinopel vorlag, durch welche die „Morningpost" das betreffende Telegramm Layard's zu erklären sucht. — Den für nächsten Dinstag in Aussicht gestellten Erklärungen des Fürsten Bismarck in Bezug auf die orientalische Frage wird hier mit größter Spannung entgegen gesehen. — Der Großfürst-Thronfolger wird am 18. d., Nachmittags 2 Uhr, hier erwartet. Die Großfürstin ist ihrem Gemahl heute entgegengereist.

Petersburg, 17. Febuar. Die „Agence Russe" erklärt die mehr oder weniger beunruhigenden Wiener Telegramme der russischen Journale über das Verhältniß zwischen Oesterreich und Rußland für gänzlich unbegründet.

Petersburg, 17. Febr. Officielles Telegramm aus Adrianopel vom 11. d.: Die Truppen des General Zimmermann besetzten, bevor sie den Befehl in Betreff der Waffenruhe erhalten hatten, am 3. d. Baltschik, Kosundscha und Prawody. General Mansei zog daselbst mit den Kinburn'schen Dragonern und den Bielorassiski'schen Husaren ein und wurde von den Bewohnern mit freudigen Kundgebungen empfangen. Die feindlichen Truppen flüchteten. Sobald die Nachricht von der Waffenruhe eingetroffen war, entsandte General Zimmermann den Obersten Powalo-Schweikoffsky und den Capitain Herschelmann nach Warna, wo dieselben von dem Prinzen Hassan von Egypten in liebenswürdiger Weise empfangen wurden, obwohl dieser nur in dem Besitze einer halbofficiellen Nachricht von dem Waffenstillstande war. Prinz Hassan drückte seine Bereitwilligkeit aus, schon am nächsten Tage Offiziere zur Feststellung der Demarcationslinie zu beordern. Die egyptischen Truppen, welche unsere Offiziere zu sehen bekamen, hatten ein sehr gutes militärisches Aussehen, waren vortrefflich gekleidet und zeigten sich streng disciplinirt. — Am 6. d. besetzte General Tschernosalow mit den Kasan'schen Dragonern und dem 30. Don'schen Regiment, ebenfalls bevor die Nachricht von dem Waffenstillstande eingegangen war, Hümurdschina, an der Küste des Aegäischen Meeres, zu derselben Zeit, als in dem benachbarten Hafen Karagatsch die letzten Reste der Armee Suleiman Paschas eingeschifft wurden. Oberstlieutenant Suchomlikoff zog mit einem Trompeter und zwei Kosaken in Hümurdschina ein und forderte den Kaimakam

zur Uebergabe der Stadt auf, als sich auf dem Hofe des Kaimakams noch etwa 50 Cavalleristen aus der Escorte Suleiman Paschas befanden. Der Kaimakam, welcher durch das plötzliche Erscheinen des russischen Offiziers sehr überrascht wurde, unterwarf sich ohne Widerstand. Die türkischen Cavalleristen flüchteten nach Karagatsch. Ein russisches Detachement hielt Hümordschina 24 Stunden lang besetzt und ging später, als über Gallipoli und Konstantinopel aus Tschorlu das Telegramm des General Schnitnikoff in Betreff der Waffenruhe eingetroffen war, hinter die Demarcationslinie nach Mestanly zurück. Suleiman Pascha befand sich zu dieser Zeit in Gallipoli. — Der Oberst Baron Kaulbars und der Ordonnanz-Lieutenant, Fürst Obolensk, welche behufs Feststellung der Demarcationslinie nach Montenegro gesandt wurden, hatten sich über Konstantinopel dorthin begeben. In Konstantinopel wurden sie von türkischen Offizieren, den Behörden, sowie der Bevölkerung durchaus freundlich empfangen und machten in dem Kaik des Kriegsministers eine Fahrt auf dem Bosperus. Am 8. d. verließen sie mit den gleichfalls zur Feststellung der Demarcationslinie nach Montenegro beorderten türkischen Offizieren Konstantinopel.

New-York, 16. Febr. Der Dampfer „Italy" von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Petersburg, 17. Febr. Der „Agence Russe" zufolge ist Befehl nach dem Hauptquartier abgegangen, daß Gallipoli von den russischen Truppen nicht besetzt werden soll.

Petersburg, 17. Februar. Der „Regierungsbote" veröffentlicht heute die Protokolle über die Friedensbasen und über die Waffenstillstandsconvention, welche am 31. Januar, das erste von dem Großfürsten Nikolaus einerseits und Server Pascha und Namyk Pascha andereerseits, das andere von den Generalen Nepokoitschitzky und Levitzky einerseits und Nedjib Pascha und Osman Pascha andererseits, unterzeichnet sind. Der Inhalt dieser Protokolle stimmt mit dem bereits darüber Mitgetheilten überein. Der Waffenstillstand gilt ohne bestimmtes Ziel für die ganze Dauer der Friedensverhandlungen. Für den Fall, daß diese abgebrochen werden sollten, wird eine dreitägige Kündigung ausbedungen, nach deren Ablauf die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden können. Das Uebereinkommen ist für Serbien und Rumänien mit abgeschlossen worden. Montenegro soll aufgefordert werden, sich demselben anzuschließen. Der Kaiser Alexander hat diese Documente erst am Freitag erhalten. Dieselben sind von einer kurzen Notiz begleitet, in welcher constatirt wird, daß die türkischen Bevollmächtigten erst am 30. Januar die Autorisation zur Unterzeichnung erhielten, welche am 24. Januar von der Pforte abgesandt worden war. An demselben Tage habe der Großfürst noch die Militairbevollmächtigten ernannt, welche sofort in einer Sitzung zusammentraten, um die Demarcationslinie festzustellen. Die Waffenstillstands-Convention wurde am folgenden Tage, den 31. Januar, beendet und noch an demselben Tage allen Corpschefs zugesandt.

Madrid, 16. Febr. Die Deputirtenkammer hat Ayala zu ihrem Präsidenten gewählt.

Konstantinopel, 16. Febr. Der französische Botschafter, Fournier, ist hier eingetroffen. — Die Russen haben einige Redouten der Position von Tschataldja besetzt, sind aber noch nicht weiter vorgerückt. — Der Sultan hat seine Residenz von Yildiz Kiosk noch nicht verlassen. — Savfet Pascha hat Instructionen erhalten, um die Friedensverhandlungen in Adrianopel zu beschleunigen.

Konstantinopel, 16. Febr. Die englische Flotte hat sich nach Mudania, etwa 40 Meilen von Konstantinopel entfernt, zurückgezogen, und zwar soll dies auf Wunsch des Sultans geschehen sein. — Namyk Pascha ist zurückberufen worden und begiebt sich nicht nach Adrianopel.

Konstantinopel, 16. Febr. Die englische Flotte verläßt ihren bisherigen Ankerplatz bei den Prinzen-Inseln und geht bei Gemlik in der Bucht von Mudania vor Anker.

Washington, 16. Febr. Durch die von dem Senate heute früh angenommene Silberbill werden die Silberdollars als gesetzliches Zahlungsmittel mit ihrem nominellen Werthe bei allen öffentlichen und privaten Zahlungen anerkannt. Ausgenommen hiervon sind die Fälle, in denen die Zahlung contractlich ausdrücklich anders stipulirt worden ist. Außerdem ermächtigt die Bill den Staatssecretär, monatlich Silber im Werthe von nicht weniger als 2 und nicht mehr als 4 Millionen Dollars zu Münzzwecken anzukaufen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Konstantinopel, 16. Febr. Der bekannte ehemalige polnische Insurgentenchef Graf Taczanowski, welcher zum Islam übergetreten und als Grundbesitzer in Tschorlu ansässig war, wurde daselbst von den Russen verhaftet und durch den Strang hingerichtet. In Tartar-Bazardschik wurden die Mitglieder der ehemaligen polnischen Legion, von Waligowski, Schuhmacher und Toth, ebenfalls aufgegriffen und gehenkt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T.-B.) **Paris**, 17. Februar, Abends. Boulevard-Verkehr. 3% Rente 74, 25, Neueste Anleihe de 1872 110, 53, Türken 1865 9, 00, Staatsbahn —, Spanier exter. —, Neue égyptiens 141, 87, Banqu. ottoman —, Italiener 74, 22½, Russen de 1877 86⅜, österr. Goldrente 65, 00, ungar. Goldrente 78¾. Fest.

Berlin, 17. Febr., 1 Uhr 20 Min. [Privatverkehr.] Credit-Actien 390,50—393,50—391,00—399,00, Franzosen 443,50—443,00—446,00, Lombarden 131,00, 1860er Loose —, Oesterr. Goldrente 63,60—64,00, Silberrente 56,75, Papierrente 53,90—54,00, Ungar. Goldrente 78,25—78,90, Italiener 74,00—74,25—74,00—74,30, 5proc. Türken —, 5proc. Russen 83,90—84,00—83,75—84,50, 1877er Russen 83,90—84,00—83,75—84,50, Rumänier 24,80—25,00, do. 6proc. Rumän. Obligationen 73,00, Köln-Mindener Bahn 91,50, Bergisch-Märkische Bahn 74,10—74,50, Rechte-Oder-Ufer-Stamm-Actien 96,75, Rheinische Bahn 105,25—105,75, Oberschlesische Stamm-Actien 122,00, Berlin-Görlitzer St.-Act. —, Galizier 104,25, Disconto-Commandit 119,00—118,75—120,00, Darmstädter Bank —, Laurahütte 75,00—76,00, Ungarische Schatzscheine II. Emission 95,00, Reichsbank —. Sehr fest, nach Eintreffen der Nachricht der „Agence Russe" Speculationswerthe animirt.

Nachbörse: Creditactien 400,00, österr. Goldrente 64,10, österr. Papierrente 54,25, 5proc. Russen 84,90, Bergisch-Märkische Bahn 74,75, Rheinische Bahn 106,00, Disconto-Commandit 120,50, Laurahütte 76,25.

Wien, 17. Februar, 12 Uhr 10 M. [Privatverkehr.] Creditactien 228, 40, Franzosen 258,25, Galizier 244,50, Anglo-Austrian 97,75, Lombarden 76,50, Papierrente 63,40, Goldrente 74,65, Ungar. Goldrente 91, 90, Marknoten 58,35, Napoleons 9,47, Silber —. Sehr fest.

Antwerpen, 16 Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 M. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer befestigt. Gerste matt.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Febr. 16., 17.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 7°,4	+ 4°,7	+ 3°,7
Luftdruck bei 0°	335''',27	336''',34	336''',37
Dunstdruck	2''',89	2''',69	2''',23
Dunstsättigung	76 pCt.	88 pCt.	80 pCt.
Wind	SW. 0.	W. 1.	SW. 1.
Wetter	bezogen.	bedeckt.	bedeckt.

Febr. 17., 18.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Morgens 6 Uhr.
Luftwärme	+ 5°,7	+ 4°,7	+ 2°,9
Luftdruck bei 0°	335''',86	336''',25	335''',54
Dunstdruck	3''',07	3''',04	2''',49
Dunstsättigung	93 pCt.	100 pCt.	96 pCt.
Wind	W. 1.	W. 1.	SW. 0.
Wetter	Regen.	Regen.	trübe, Nachts Reg.

Berlin, 16. Febr. Spiritus loco „ohne Faß" 51,5 Mk. bez., per Februar 51,5 M. bez., per Februar-März 51,5 M. bez., per April-Mai 52,6—9—8 M. bez., per Mai-Juni 52,8—53,1—53 M. bez., per Juni-Juli 53,8—54,1 bis 54 M. bez., per Juli-August 54,6—55,1—55 M. bez., per August-Septbr. 55,4—55,8—55,7 M. bez. Gekündigt 20,000 Liter. Kündigungspreis 51,5 Mark.

Berliner Börse vom 16. Februar 1878.

Fonds- und Gold-Course.

	Zf.	Cours
Deutsche Reichs-Anl.	4	95,70 bz
Consolidirte Anleihe.	4½	105,00 B
do. do. 1876	4	96 bz
Staats-Anleihe	4	96 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,75 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	139,00 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,70 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,30 bz
Pommersche	3½	83,75 bz
do.	4	95 bz
do.	4½	101,90 G
do. Lndsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,50 G
Schlesische	3½	85,20 bz
Lndschaftl. Central	4	95,00 bzB
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95,50 G
Pommersche	4	95,50 G
Posensche	4	95,50 bz
Preussische	4	95,50 B
Westfäl. u. Rhein.	4	98,50 G
Sächsische	4	96,30 bz
Schlesische	4	95,90 B
Badische Präm.-Anl.	4	121 bz
Baierische 4% Anleihe	4	122,60 etbzB
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	110,50 B
Sächs. Rente von 1876	3	72,70 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 241,50 bz
Badische 35 Fl.-Loose 139,40 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 81,50 bzG
Oldenburger Loose 137,10 bz

Ducaten — —	Dollars 4,185 G
Sover. — —	Oest. Bkn. 171,20 bz
Napoleon 16,20 bzG	do. Silbergd. — —
Imperials 16,66 G	Russ. Bkn. 219,20 bz

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'sche Partial-Ob.	5	106,90 bzG
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	94,50 bzG
do. do.	5	101,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,00 bzG
do. do. do.	5	100,50 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,25 B
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	106,90 bz
do. do. do.	4½	98,90 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,75 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100 bz
Hyp.-Anth. Nord-G.C-B	5	94,75 bzG
do. do. Pfandbr.	5	94,75 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	96 G
do. do. II. Em.	5	89,75 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,80 G
do. do. II. Em.	5	106 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	109 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	90,50 B
Meininger Präm.-Pfdb.	4	105 B
Oest. Silberpfandbr.	5½	32 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	89,10 bz
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	99 B
do. do.	4½	93,40 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,75 G
do. do. 4½%	4½	97,80 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silber-R. (1./1. 1./7.	4⅕	56,50 bz
do. 1./4. 1./10.)		56,50 bz
do. Goldrente	4	63,30 bzG
do. Papierrente	4⅕	53,90 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	98,00 G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	107,00 bzB
do. Credit-Loose	fr.	295,75 B
do. 64er Loose	fr.	259,70
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	161,40 bz
do. do. 1866	5	161,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	75,10 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	78,40 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	66,75 bzB
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	59,25 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	101,30 bz
do. do. 1885	6	98,75 G
do. 5% Anleihe	5	100,30 B
Ital. neue 5% Anleihe	5	73,90 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	— —
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	69,60 bzG
Rumänische Anleihe.	8	— —
Türkische Anleihe.	5	— —
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	70,10 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 36,90 bzG
Türken-Loose 27,00 B

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II.	4½	100 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,25 bz
do. do. VI.	4½	99,90 bz
do. Hess. Nordbahn.	5	103,60 G
Berlin-Görlitz	5	101,00 B
do.	4½	84B, C.76etbzB
Breslau-Freib. Lit DEF.	4½	— —
do. Lit. G	4½	— —
do. do. HJ.	4½	— —
do. do. K.	4½	92,20 bzB
do. von 1876	5	101,25 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93 B
do. .. Lit. B.	4½	99,75 G
do. .... IV.	4	94,20 bzG
do. .... V.	4	92,50 B
Halle-Sorau-Guben	4½	101,40 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	95,75 G
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,50 G
do. do. II. Ser.	4	96,25 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,00 B
do. do. III. Ser.	4	95,50 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	85,50 B
do. C.	4	— —
do. D.	4	92,50 G
do. E.	3½	85 B
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	101,20 B
do. von 1869.	5	102,90 bzG
do. von 1873.	4	91,00 B
do. von 1874.	4½	99,75 B
do. Brieg-Neisse	4½	98,50 G
do. Cosel-Oderb.	4	94,00 G
do. do.	5	— —
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	100 G
do. do. III. Em.	4½	100 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	99,30 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
do. do.	4½	99,60 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	100,00 G
Chemnitz-Komotau	5	— —
Dux-Bodenbach.	5	59,00 G
do. II. Emission	5	52,90 bz
Prag-Dux	fr.	20,60 bz
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	85,60 bzG
do. do. neue	5	84,75 G
Kaschau-Oderberg	5	61,60 bz
Ung. Nordostbahn	5	58,00 B
Ung. Ostbahn.	5	55,60 bzG
Lemberg-Czernowitz.	5	65,25 bz
do. do. II	5	65,50 bzG
do. do. III.	5	60,50 bz
Mährische Grenzbahn.	5	53,30 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	15,50 G
do. II.	fr.	14,10 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	66,25 bz
Oesterr.-Französische	3	328,00 bz
do. do. II.	3	316,80 G
do. südl. Staatsbahn.	3	236,50 bz
do. neue	3	237,30 bz
do. Obligationen	5	81,00 bzB
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	73,25 bzG
Warschau-Wien II.	5	94,75 B
do. III.	5	92,20 bz
do. IV.	5	83,00 bz
do. V.	5	75,75 bzB

Wechsel-Course.

		Zf.	Cours
Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	165,75 bz
do. do.	2 M.	3	167,85 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,305 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	81,10 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	218,50 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	219,00 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	170,80 bz
do. do.	2 M.	4½	169,55 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien

Divid. pro	1876	1877	Zf.	Cours
Aachen-Mastricht.	1	—	4	19,00 bz
Berg.-Märkische.	3⅓	—	4	74,40 bz
Berlin-Anhalt	6	—	4	86,40 bzG
Berlin-Dresden	0	—	4	12,40 bzG
Berlin-Görlitz	0	—	4	14,90 bz
Berlin-Hamburg.	11	—	4	169,75 bz
Berl.-Potsd-Magdb	3½	—	4	79,00 bz
Berlin-Stettin	8⁹⁄₁₀	—	4	102,10 bzG
Böhm. Westbahn.	5	—	5	73,60 bzG
Breslau-Freib.	5	—	4	62,60 bzG
Cöln-Minden	5¼	—	4	90,10-50 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	—	4	15,75 bzB
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	—	4	104,50 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	14,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	4	11,90 bzG
Kaschau-Oderberg	4	—	5	44,50 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	49,40 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	178,75 bz
Märk.-Posener	0	—	4	17,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	105,50 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	—	5	82,50 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,50 G
Oberschl. A.C.D.E.	9⅔	—	3½	121,75 etbzG
do. neue (50% Einz.)	—	—	5	— —
do. B.	9⅔	—	3½	113,50 bz
Oesterr.-Fr. St.-E.	5⅗	—	4	441½-2½ bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	182,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	129-30½ bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	37,00 bz
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	—	4	96,50 bz
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	39,00 bzB
Rheinische	7½	—	4	105,50 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	—	4	93,00 B
Rhein-Nahe-Bahn.	0	—	4	9,70 bz
Rumän. Eisenbahn	0	—	4	24,70 bzG
Schweiz Westbahn	⅗	—	4	18,20 G
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,00 bz
Thüringer Lit. A.	9¼	—	4	114,80 bz
Warschau-Wien.	6⅔	—	4	160,00 bzB

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

	1876	1877	Zf.	Cours
Berlin-Görlitzer	0	—	5	31,00 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	22,50 G
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	35,75 bz
Hannover-Altenb.	0	—	5	25,00 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	22,50 bzG
Märkisch-Posener	3¾	—	5	74,25 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	68,40 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	97,25 bzG
Ostpr. Südbahn	5		5	85,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	—	5	106,00 bzG
Rumänier.	8	—	8	72,00 bzG
Saal-Bahn.	0	—	5	— —
Weimar-Gera.	0	—	5	17,00 bzG

Bank-Papiere.

	1876	1877	Zf.	Cours
Alg. Deut. Hand.-G	0	—	4	31,00 G
AngloDeutscheBk.	0	—	4	32,50 G
Berl. Kassen-Ver.	10⁷⁄₁₂	8⁴⁄₁₅	4	147,00 B
Berl. Handels-Ges.	0	—	4	71,10 G
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6½	—	4	81,90 bz
Braunschw. Bank.	5	—	4	81,10 etbzB
Bresl. Disc.-Bank.	4	—	4	80,00 G
Bresl. Wechslerb.	5⅔	—	4	69,50 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	— —
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	104,00 G
Darmst. Creditbk.	6	—	4	107,00 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	—	4	95,50 G
Deutsche Bank	6	—	4	90,25 bzG
do. Reichsbank	6⅛	—	4½	155,50 bz
do. Hyp.-B. Berlin	8	—	4	99,00 B
Disc.-Comm.-Anth.	4	—	4	119,00 bz
do. ult.	4	—	4	118½-18¾
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	89,00 B
do. junge	5½	—	4	95,00 G
Goth. Grundcredb.	8	—	4	101,50 bzB
Hamb. Vereins-B.	10	10⁵⁄₉	4	123,25 G
Hannov. Bank	5¹⁴⁄₁₅	6	4	100,10 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅓	6	4	84,00 B
Lndw.-B. Kwilecki.	5⅓	—	4	45 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	5⅔	4	105,75 B
Luxemburg. Bank	6	—	4	96,00 G
Magdeburger do.	6	—	4	106,50 B
Meininger do.	2	—	4	73,10 bzG
Nordd. Bank	8	8½	4	137,00 bzG
Nordd. Grundcr.-B.	8	—	4	77,00 bz
Oberlausitzer Bk.	1⅔	—	4	57,50 B
Oest. Cred.-Actien	1¼	—	4	383-91½-89
Posner Prov.-Bank	6½	6½	4	101,90 bzG
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	96,00 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	116,50 G
Sächs. Bank	8	—	4	104,75 B
Schl. Bank-Verein	5	—	4	79,00 bzG
Thüringer Bank.	0	—	4	76,00 bzG
Weimar. Bank	0	—	4	41,50 bzG
Wiener Unionsbk.	11¹⁄₁₄	—	4	107,00 G

In Liquidation.

	1876	1877	Zf.	Cours
Berliner Bank.	—	—	fr.	12,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	39 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	10,25 G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	14,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	11 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	102,50 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	57 B

Industrie-Papiere.

	1876	1877	Zf.	Cours
Berl. Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	638 bzG
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	6,25 bz
do. Reichs-u. Co.-E.	0	—	4	69,00 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	14,75 bzG
Nordd. Gummifab.	5	—	4	42,10 G
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	0,50 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12⅘	—	4	98,75 G
Schles. Feuervers.	18	—	4	720 G
Donnersmarkhütt.	3	—	4	21,50 etbzG
Dortm. Union	0	—	4	6,60 bzG
Königs- u. Laurah.	2	—	4	75,40 bz
Lauchhammer.	0	—	4	17,00 G
Marienhütte	6	—	4	57,00 G
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Redenhütte.	0	—	4	3,70 bz
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	6,25 B
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	80,00 etbzG
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	89,90 bz
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	33,00 bzG
Vorwärtshütte	0		4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	— —
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	—	4	45 B
do. ver. Oelfabr.	3⅓	—	4	47,10 G
Erdm. Spinnerei	0	—	4	11,50 B
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	—	4	47,00 B
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	14,25 B
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	31,75 bz
Schl. Leinenind.	5⅓	—	4	62,00 G
do. Porzellan	0	1½	4	40,00 bzG
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	— —

Bank-Discont 4 pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt

Breslau, 18. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 10 Cm. U.-P. — M. 62 Cm. Eisstand.

Breslau, 18. Febr., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen etwas reger, bei stärkeren Zufuhren Preise unverändert.

Weizen, höhere Forderungen erschwerten den Umsatz, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer neuer 18,00—19,30—20,80 Mark, gelber neuer 17,20 bis 18,30—19,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen zu notirten Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 12,20 bis 13,40—14,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach behauptet, pr. 100 Kilogr. neue 13,30 bis 14,50 Mark, weiße 15,40—16,40 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10—12,30—13,00 bis 13,50 Mark.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 12,10—13,10—14,00 Mark.

Erbsen schwächer angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen schwach angeboten, pr. 100 Kilogr. 18,00—19,00 bis 19,50 Mark.

Lupinen, geringe Qualitäten schwer verkäuflich, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,20—10,20—11,00 Mark, blaue 9,00—10,00—10,40 Mark.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	80	25	—	22	—
Winterraps	31	25	29	75	27	75
Winterrübsen	30	—	29	—	27	—
Sommerrübsen	29	25	27	50	25	50
Leindotter	25	50	23	50	21	50

Rapskuchen sehr fest, pr. 50 Kilogr. 7,30—7,50 Mark.

Leinkuchen gut gefragt, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen bessere Kauflust, rother preishaltend, pr. 50 Kilogr. 32—42 bis 47—52 Mark, weißer behauptet, pr. 50 Kilogr. 40—48—57—65—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee matter, pr. 50 Kilogr. 17—20—23 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 28,00—29,00 Mark, Roggen fein 21,25—22,25 Mark, Hausbacken 19,75—20,75 Mark, Roggen-Futtermehl 9,60—10,50 Mark, Weizenkleie 8,00—9,00 Mark.

Heu 2,40—2,70 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.